Bergischer Volksbote

Amtliches Verkündigungs-Blatt

Erscheint täglich mit Ausnahme Sonn- u. Feiertags
Bezugspreis: Monatlich durch unsere Boten gebracht einschließlich aller Beilagen 2 RM

Burscheider Zeitung

für die Stadtgemeinde Burscheid

Anzeigenpreise: 1 mm Höhe u. 45 mm Breite im Anzeigenteil 8, auswärts 12, im Reklameteil (65 mm breit) 30 Rpf — Anzeigen-Rabatt wird nur gewährt bei pünktlicher Zahlung

Beilagen Der Sport vom Sonntag (Montag), Unterhaltungsbeilage (Dienstag), Aus dem Reiche der Frau (Mittwoch) Unterhaltungs-Beilage (Donnerstag), Landmanns Sonntags-Blatt (Freitag), Der Sonntag (Samstag)

Nr. 253 | Redaktion u. Geschäftsstelle Burscheid, Mittelstraße 10 | Burscheid, Donnerstag, 27. Oktober 1932 | Postscheckkonto 28571 Köln Fernsprech-Anschluß Nr. 431 | 72. Jahrgang

Zwei Ministerien stehen gegeneinander

Die Leipziger Entscheidung

Im Wohlfahrtsministerium in Berlin fand ein Presseempfang der alten preußischen Regierung statt, bei dem Ministerpräsident Braun und Ministerialdirektor Dr. Brecht über die Stellungnahme der alten preußischen Regierung zu der Entscheidung in Leipzig berichteten.

Ministerialdirektor Dr. Brecht

bezeichnete seine Ausführungen eingangs als eine

stimmungsmäßige Zusammenfassung

des der Oeffentlichkeit ja allgemein bekannten Verlaufs der Leipziger Verhandlungen. Man werde, so führte er aus, der Entscheidung des Staatsgerichtshofes das hohe Lob nicht versagen können, daß durch sie Deutschland der Ruf eines Rechtsstaates nicht genommen worden sei. Wenn man den Tenor der Entscheidung richtig verstehen wolle, müsse man

da, wo in den Berichten meist ein Punkt gemacht worden sei, ein Komma setzen.

Der Tenor sage, die Verordnung des Reichspräsidenten vom 20. Juli sei mit der Reichsverfassung vereinbar, dann kommt das Komma, und es heißt weiter, soweit sie den Kanzler zum Reichskommissar für Preußen bestellt und vorübergehend Amtsbefugnisse der preußischen Regierung außer Kraft setzt.

In der Entscheidung des Staatsgerichtshofes fehlten die Worte „die" und „alle",

die in der Verordnung vom 20. Juli mehrfach bei den Worten „Amtsbefugnisse" gesetzt seien. Die Verordnung spreche davon, daß der Reichskommissar alle Amtsbefugnisse der Landesregierung übernehme, während die Entscheidung des Staatsgerichtshofes nur von „Amtsbefugnissen" ohne nähere Bezeichnung spreche. Das gleiche gelte auch für die Bezeichnung „Dienstgeschäfte", von denen die Verordnung sage „die Dienstgeschäfte", während in der Entscheidung des Staatsgerichtshofes davon überhaupt nicht mehr die Rede sei. Dr. Brecht zog daraus die

Folgerung, daß die Verordnung vom 20. Juli tatsächlich nicht, wie behauptet werde, mit der Reichsverfassung in Einklang stehe.

Weiter wandte sich Dr. Brecht dann dem Hauptvorwurf gegen Preußen zu, daß es seine Pflicht verletzt habe und bezeichnete es als den wesentlichsten Punkt der Entscheidung des Staatsgerichtshofes, daß

Preußen vom Vorwurf der Pflichtverletzung befreit

worden sei. Dies sei nicht etwa in einer formalen Entgegnung geschehen, sondern der Staatsgerichtshof habe für sämtliche, gegen Preußen erhobenen Vorwürfe festgestellt, daß keinerlei Pflichtverletzungen vorgelegen hätten. Diese Feststellung sei nicht nur moralisch für die Preußenregierung das wichtigste, sondern auch rechtlich für Preußen und politisch für Deutschland die wesentlichste Entscheidung.

Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen beschäftigte sich Dr. Brecht dann mit der Stellungnahme, die die Entscheidung des Staatsgerichtshofes zu den als Grundlagen der Verordnung genannten

Absätzen 1 und 2 des Artikels 48

einnimmt. Er verwies darauf, daß die Bezugnahme der Verordnung auf Artikel 48, Absatz 1, die mit dem Vorwurf der Pflichtverletzung begründet sei, durch die Entscheidung gegenstandslos geworden sei. Hinsichtlich der Bezugnahme auf Absatz 2 des Artikels 48 entspreche es der seit 10 Jahren herrschenden Rechtsauffassung, daß dieser Absatz keine Eingriffe in die Vertretung des Landes dem Reiche gegenüber im Reichsrat zulasse. Der Staatsgerichtshof sei ebenfalls bei dieser Ansicht geblieben. Dr. Brecht wies dann weiter darauf hin, daß die Begründung des Staatsgerichtshofes hinsichtlich der Stellung des Reichskommissars dem Lande gegenüber festgestellt habe, daß

der Reichskommissar nie an die Stelle einer Landesregierung treten könne,

sondern immer Organ des Reiches bleibe und nur entsprechende Befugnisse der Landesregierung übernehmen könne. Die Entscheidung stelle die Frage vollkommen klar, daß die Vertretung eines Landes nur durch die Landesregierung erfolgen könne und nicht durch den Reichskommissar. Anstelle der Landesregierung könne entsprechend den Bestimmungen der Verfassung auch vorübergehend kein anderes Organ gesetzt werden. Rechtlich werde ein Land immer nur durch die Landesregierung vertreten. Aus diesen Ausführungen des Staatsgerichtshofes, wonach ein Land nur durch seine ordnungsmäßige Landesregierung im Reichsrat vertreten werden könne, ergäben sich selbstverständlich besondere Konsequenzen hinsichtlich der Durchführung dieser Vertretung dergestalt nämlich, daß der Landesregierung die Möglichkeiten dazu nicht entzogen werden dürften.

Dr. Brecht schloß seine Ausführungen damit, daß er das Urteil des Staatsgerichtshofes nicht, wie in der Oeffentlichkeit behauptet werde, als eine Verwirrung der Lage, sondern im Gegenteil gerade als eine Entwirrung der bisher verwirrten Rechtslage bezeichnen müsse. Die Rechtslage sei jetzt entschieden; danach müßten alle weiteren Maßnahmen eingestellt werden.

Ministerpräsident Dr. Braun

befaßte sich dann mehr mit der politischen und praktischen Seite des Leipziger Urteils. Er erklärte, daß das Urteil auch beim preußischen Staatsministerium nicht in allen seinen Teilen volle Befriedigung ausgelöst habe, das Interesse des Landes erheische es aber, sich jetzt auf seinen Rechtboden zu stellen und an seiner Ausführung sachlich mitzuarbeiten. Dr. Braun gab dann seiner Befriedigung darüber Ausdruck, daß

der diffamierende Vorwurf, das preußische Staatsministerium habe seine Pflichten gegen das Reich verletzt, vom Staatsgerichtshof als unbegründet bezeichnet

worden sei. Damit sei die Atmosphäre gereinigt und der Boden für die Ausführung des Urteils gegeben. Weiter wandte sich Dr. Braun gegen die Auffassung, daß das Urteil einen Zustand der Verwirrung geschaffen habe. Sie sei vielmehr schon am 20. Juli entstanden. Durch das Urteil sei jetzt zum Ausdruck gebracht worden, daß

das alte Staatsministerium die Landesregierung

sei und zu recht bestehe. Der geschäftsführende Charakter des Ministeriums könne seine Befugnisse nicht im geringsten einschränken. Nach der Verfassung habe ein geschäftsführendes Ministerium die Pflicht, die Geschäfte weiterzuführen, bis ein neues Ministerium gebildet sei. Mir und meinen Kollegen, erklärte Ministerpräsident Braun, wäre nichts lieber, als daß der Landtag endlich seine Pflicht erfülle und einen neuen Ministerpräsidenten wählt. Solange das nicht geschieht, müssen wir die Geschäfte weiterführen.

Dr. Braun kam dann im einzelnen auf die Schwierigkeiten zu sprechen, die in der

Abgrenzung der Funktionen des Reichskommissars und des Staatsministeriums

liegen. Diese Schwierigkeiten müßten aber überwunden werden. Das Staatsministerium stehe jedenfalls auf dem Standpunkt, daß von seiner Seite nichts geschehen solle, um die Regelung auf der Grundlage des Urteils zu erschweren. Er hoffe, daß auch die Reichsregierung der Auffassung sein werde, daß man einen Ausgleich und einen Weg zur Wahrung der Interessen Preußens und des Reiches finden müsse. Dazu sei viel guter Wille zur Sachlichkeit nötig. Früher sei über den Dualismus zwischen Preußen und dem Reich geklagt worden. Durch die dritte Instanz, den Reichskommissar, sei die Situation nicht leichter geworden, und die Reichsregierung werde sich deshalb mit der Frage beschäftigen müssen, ob sich dieser Zustand nach Umfang und Zeitdauer aufrechterhalten lasse.

Zum Schluß kam Ministerpräsident Braun noch auf das Problem der

Reichsreform

zu sprechen. Er betonte, daß er in all den Jahren seiner Ministerpräsidentschaft immer auf ein gutes Verhältnis zwischen Preußen und dem Reich hingewirkt habe, ohne Rücksicht darauf, wie die jeweilige Reichsregierung zusammengesetzt war. Das Verhältnis sei immer das gleiche gewesen, weil Preußen immer von dem Bestreben geleitet war, der Reichsregierung keine Schwierigkeiten zu machen. Der Weg, den die Reichsregierung zur Reichsreform eingeschlagen habe, der einer gewaltsamen Reichsexekution, sei nicht richtig. Nach Auffassung Dr. Brauns wäre es gut, wenn man aus diesen Vorgängen die Lehre zöge und sich bemühte,

durch Zusammenfassung von preußischen und Reichsstellen etwas Vernünftiges

zustande zu bringen.

Auf Anfragen erklärte Dr. Braun dann noch, daß eine

Fühlungnahme mit dem Reichspräsidenten in Aussicht genommen

worden sei. Daß er dem Reichspräsidenten einen Besuch abzustatten beabsichtige, habe er allerdings erst aus der VZ erfahren. Von einer Fühlungnahme mit dem Reichskanzler, von der in einem Abendblatt die Rede ist, sei ihm nichts bekannt. Er würde eine solche aber außerordentlich begrüßen. Zu der Frage der Preußenkasse habe das Staatsministerium noch nicht Stellung genommen, weil es die Einzelheiten der Transaktion noch nicht kenne.

*

Die Beantwortung parlamentarischer Anfragen — Die Bevollmächtigten zum Reichsrat

Im Zusammenhang mit der Leipziger Entscheidung ist u. a. auch die Frage aufgetaucht, ob nun Antworten auf parlamentarische Anfragen von Mitgliedern des Landtages nicht von der Regierung Braun beantwortet und unterzeichnet werden müßten, während bisher die kommissarische Regierung als mit der Wahrnehmung der Geschäfte beauftragt die Antworten erteilte und unterzeichnete.

In unterrichteten Kreisen der kommissarischen Regierung wird dem Nachrichtenbüro des VdZ. gegenüber darauf hingewiesen, daß nach Ansicht des Reichskommissars auch nach der Leipziger Entscheidung nur der Reichskommissar das Recht habe, den Beamten Anweisungen zu erteilen, d. h. daß er allein berechtigt sei, die Beamten in der Richtung anzuweisen, in der sie Antworten auf parlamentarische Anfragen zu erteilen haben.

Wie es allerdings mit der Unterzeichnungsbefugnis gegenüber dem Landtag bestellt ist, sei fraglich.

Was die Ernennungen anbelangt, die inzwischen im Zusammenhang mit der Vertretung Preußens im Reichsrat erfolgt sind, so wird darauf hingewiesen, daß Staatssekretär Nobis, der als Nachfolger des Staatssekretärs Weismann ernannt wurde, schon unter der Regierung Braun bevollmächtigter Reichsratsvertreter war, und daß höchstens die Frage auftauchen könne, ob Ministerialdirektor Landfried vom Staatsministerium, der als Nachfolger von Nobis zum Ministerialdirektor und Reichsratsbevollmächtigten ernannt worden ist, nun die Vollmacht als Reichsratsvertreter verliehen wird.

Im übrigen scheint man bei der kommissarischen Regierung der Ansicht zu sein, daß eine Initiative für etwaige Verständigungsverhandlungen vom Kabinett Braun ausgehen müßte

Das Kabinett Braun wieder zusammengetreten



Das preußische Staatsministerium ist in den Räumen des preußischen Wohlfahrtsministeriums unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten Braun zu einer Besprechung über das Reichsgerichtsurteil zusammengetreten. Auf unserem Bilde von dieser Sitzung sehen wir (sitzend von links) Justizminister Dr Schmidt — Landwirtschaftsminister Steiger — Volkswohlfahrtsminister Hirtsiefer — Ministerpräsident Braun — Handelsminister Dr. Schreiber — Innenminister Severing (stehend, von links) Kultusminister Grimme — die Ministerialdirektoren Dr. Brecht und Dr. Badt, die Vertreter Preußens vor dem Staatsgerichtshof — Finanzminister Dr. Klepper

Anweisung des Reichskommissars über die Gehorsamspflicht der Beamten

Wie von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, wird der Reichskommissar für Preußen eine Anweisung an die unterstellten Behörden geben, in der die Frage der Gehorsamspflicht gegenüber dem Reichskommissar klargestellt wird. Es wird darauf verwiesen, daß auch nach dem Urteil des Staatsgerichtshofs die Gehorsamspflicht der preußischen Beamten gegenüber dem Reichskommissar einwandfrei festgelegt sei.

Parteiverhandlungen über Regierungsbildung in Preußen nach der Wahl

Gegenüber Meldungen über geheime Koalitionsverhandlungen in Preußen wird dem Nachrichtenbüro des VDZ mitgeteilt, daß solche Besprechungen nicht im Gange seien und aller Voraussicht nach vor der Reichstagswahl auch nicht stattfinden würden. Die für solche Verhandlungen zuständigen Persönlichkeiten, sowohl bei den Nationalsozialisten als auch beim Zentrum, seien bis zu den Reichstagswahlen ununterbrochen im Wahlkampf tätig.

Auf jeden Fall werde aber damit zu rechnen sein, daß die Verhandlungen schon bald nach der Reichstagswahl mit dem Ziele der Bildung einer verfassungsmäßigen Regierung in Preußen wieder aufgenommen würden.

Haftbefehl gegen Bankier Hintze

Gegen den früheren Bankier Wilhelm Hintze in Berlin ist wegen des Anschlages auf Frau Bindernagel vom Untersuchungsrichter Haftbefehl erlassen worden.

Die Finanzierung der Arbeitlosenhilfe

Die Tatsache, daß für die von der Reichsregierung eingesetzten 70 Millionen Mehrkosten, die durch die Erhöhung der Unterstützungssätze entstehen, aus den Ersparnissen der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung genommen werden, hat die Aufmerksamkeit der Oeffentlichkeit auf die Finanzlage der Reichsanstalt gelenkt. Obwohl die Reichsanstalt nicht nur die Arbeitslosenunterstützung zu zahlen hat, sondern auch für die der Kurzarbeiter und für die Bildungsmaßnahmen für jugendliche Arbeitslose zu sorgen hat, und ferner bei dem Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsregierung mithelfen muß, war es der Reichsanstalt möglich, dem Reich ab 1. April aus ihren Ueberschüssen noch rund 160 Millionen zur Verfügung zu stellen, nachdem sie sich an dem ersten Arbeitsbeschaffungsplan der Reichsregierung bereits mit 20 Millionen Zuschüssen beteiligt hatte. Nach dem Abzug der neuen Abgabe der Arbeitslosenhilfe glaubt die Reichsanstalt dem Reich im Winterhalbjahr für die Krisenfürsorge rund 240 RM. zuführen zu können. Auch im zweiten Halbjahr ist mit Ueberschüssen zu rechnen.

Viele Empfänge beim Reichspräsidenten

Der Reichspräsident empfing am Mittwoch den Vorsitzenden des Schlesischen Landbundes, Rittergutsbesitzer von Rohr-Manz, und den Präsidenten der Landwirtschaftskammer Niederschlesien, Schneider, zu einem Vortrag über die Lage der schlesischen Landwirtschaft.

Ferner empfing er den Vorsitzenden der Landwirtschaftskammer für die Rheinprovinz, Freiherrn von Lüninck, der ihm über die landwirtschaftliche Lage in den westdeutschen bäuerlichen Bezirken Vortrag hielt.

Dann waren beim Reichspräsidenten als Vertreter der Rano e. V. (Reichs-Arbeits-Nachweis-Organisation für Reichswehr und Polizei) der Vorsitzende des Verwaltungsrats, Landrat a. D. Karl Haniel-Düsseldorf, und Direktor Otto Romberg-Berlin zur Berichterstattung über die Arbeit der Rano bei der Berufsberatung und Stellenvermittlung. Der Reichspräsident, der seit 1927 Protektor der Rano ist, dankte für das in der Unterbringungsarbeit Geleistete und gab der Erwartung Ausdruck, daß die Rano-Arbeit auch in Zukunft von allen Wirtschaftskreisen weiter gefördert werde.

Der Reichsernährungsminister bei der Ostmarkenkundgebung des VDA

Auf einer Ostmarkenkundgebung des VDA. in Berlin hielt **Reichsernährungsminister v. Braun** eine Ansprache, in der er ausführte:

Als Reichskommissar für die Osthilfe habe ich die besondere Pflicht, in unseren ostdeutschen Grenzmarken ein starkes und kräftiges Bauerntum zu erhalten und darüber hinaus durch Siedlung neue Bauernstellen zu schaffen und damit auf dem Fundament weiterzubauen, das in früheren Jahrhunderten die brandenburgischen Kurfürsten und die preußischen Könige gelegt haben. Unsere ostdeutschen Grenzlande können wir nur dann auf die Dauer deutsch erhalten, wenn wir in ihnen ein gesundes Bauerntum erhalten und schaffen. Mein Kampf geht darum, im Innern Deutschlands die Quelle deutschen Volkstums, unser Bauernvolk, gesund und kräftig zu erhalten. Alles wirtschaftliche Schaffen hat nur dann einen Sinn, wenn wir darüber hinaus uns in einer großen Einheit verbunden fühlen, die wir im Innern unser Vaterland, darüber hinaus das Deutschtum heißen. Das ist auch die Grundlage, auf der sich alle widerstrebenden Parteien und Interessen finden können.

Keine Aenderung der Kontingentierungspolitik der Reichsregierung

In einer politischen Zeitschrift wird behauptet, daß die Reichsregierung auf Grund des Zwischenberichts der „Tomatenkommission" zu der Ueberzeugung gelangt sei, daß die Kontingentierungsmaßnahmen nicht in dem geplanten Umfange durchgeführt werden könnten. Von zuständiger Stelle wird demgegenüber erklärt, daß **die Kontingentierungsmaßnahmen so, wie angekündigt, weiter durchgeführt** werden.

Aus der Industrie

Märkische Kleineisenindustrie zum Eisenstreit

In Hagen fanden sich die Gründer des Vereins der märkischen Kleineisenindustrie zu einer überfüllten Versammlung ein, die von dem Vorsitzenden **Paul Peddinghaus (Gevelsberg)** mit dem Referat **„Eisenschaffende und eisenverarbeitende Industrie"** eröffnet wurde. Der Redner ging davon aus, daß es heute müßig sei, Erwägungen darüber anzustellen, ob man nicht zweckmäßigerweise die Meinungsverschiedenheiten in der Eisenindustrie vor den besonderen Stellen ausgetragen hätte und nicht vor der Oeffentlichkeit. Die Nordwestliche Gruppe habe die Angelegenheit in die Oeffentlichkeit gezerrt und deshalb solle sie das Urteil der öffentlichen Meinung haben. Am 5. Oktober habe der Redner (Peddinghaus) in der Sitzung der Austauschstelle deutlich erklärt, daß eine Kommission des Esti-Bundes nach Berlin fahren werde und am 10. oder 11. Oktober ihre Wünsche vortrage. Auch die Einzelheiten dieser Wünsche sind dabei besonders erwähnt worden. Peddinghaus las aus dem Protokoll über die Besprechung im Reichswirtschaftsministerium die Einzelheiten vor, aus denen sich ergibt, daß die vom Esti-Bund übermittelten Bedenken eine ganz untergeordnete Bedeutung hatten, während die Kritik der Eisenverarbeitung in den einzelnen Punkten genau begründet wurde. Der Redner trug dann Beispiele vor, die zeigten, wie die sorgsam kalkulierten Preise der freien Industrie durch die Konzernwerke unterboten würden. Sein Beispiel umfaßte besonders Achsen der verschiedensten Art Eisenbahnbedarf, eiserne Fässer, Flanschen, Auch auf anderen Gebieten der Weiterverarbeitung wurden umfangreiche Beispiele mit genauen Zahlen vorgetragen.

Peddinghaus legte Wert darauf, festzustellen, daß seine Darlegungen im Reichswirtschaftsministerium weder als unrechtmäßig noch als tendenziös bezeichnet werden dürften. Er wies deshalb die Vorwürfe zurück, die in einem Teil der Presse gegen den Esti-Bund gerichtet worden sind. Auf Wunsch der Regierungskommission in Hagen habe man die erschütternde Entwicklung in der Hagener weiterverarbeitenden Industrie an Hand von Urkundenmaterial belegt. Dieses Beweismaterial trug Peddinghaus auch jetzt vor; er hat es im übrigen der Oeffentlichkeit übergeben.

Die wahren Gründe des Eindringens der Schwerindustrie liegen, wie der Referent ausführte, in falschen Ausdehnungsgelüsten, in der Sucht, dem Nachbarkonzern nicht nachzustehen und in dem unglücklichen Bestehen eines Syndikatsvertrages, aus dem man möglichst großen Nutzen ziehen wolle, um möglichst viele Materialquoten hereinzubekommen.

Gehaltsregelung im mitteldeutschen und niederlausitzer Braunkohlenbergbau

Nachdem die Schiedssprüche im Gehaltsstreit des mitteldeutschen und niederlausitzer Bergbaureviers, die eine unveränderte Verlängerung der bisherigen Gehaltsabkommen vorsahen, von Arbeitgeberseite abgelehnt waren, fanden auf Grund von Anträgen der Angestelltenverbände, die Schiedssprüche verbindlich zu erklären, Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium statt. Dabei zeigten die Angestelltenverbände Entgegenkommen gegenüber den von Arbeitgeberseite in den Vorverhandlungen geäußerten Wünschen auf Herabsetzung der Dienstalterzulage. Es kam zu einer Vereinbarung zwischen den Tarifparteien, die die bisherige Gehaltsstaffel bis zum 31. 3. 1933 mit der Maßgabe verlängern, daß die Alterszulagen in den einzelnen Gruppen eine Verminderung um 1,10 RM. bis 1,50 RM. im Monat erfahren. Beide Tarifparteien haben sich das Recht des Widerrufs dieser Vereinbarung bis zum Ende des Monats vorbehalten.

Verkürzung der Arbeitszeit vor der Internationalen Arbeitskonferenz

Im Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes, der in Madrid tagt, trat auch der deutsche Regierungsvertreter dafür ein, die Frage der Herabsetzung der Arbeitszeit bereits jetzt auf die Tagesordnung der nächstjährigen Internationalen Arbeitskonferenz zu setzen, denn die Arbeitslosenkrise in der Welt und namentlich in Deutschland fordere schnelles Handeln. Bei der Abstimmung wurde zunächst mit 14 gegen 7 Stimmen der englische Vertagungsvorschlag abgelehnt. Hierauf wurde mit 16 gegen 6 Stimmen beschlossen, auf die Tagesordnung der Internationalen Arbeitskonferenz im Jahre 1933 folgende Fragen zu setzen: Die Herabsetzung der Arbeitszeit, Bericht der vorbereitenden Konferenz. Diese vorbereitende Konferenz soll am 10. Januar 1933 in Genf zusammentreten. Der Direktor des Internationalen Arbeitsamtes wurde beauftragt, mit den Nichtmitgliedsstaaten des Internationalen Arbeitsamtes wegen ihrer Teilnahme an der vorbereitenden Konferenz Fühlung zu nehmen.

Gefallenenehrungen an den Totengedenktagen können erlaubt werden

Fünfte Notverordnung über Versammlungen und Aufzüge

Der Reichsanzeiger veröffentlicht die fünfte Notverordnung des Reichspräsidenten des Innern über Versammlungen und Aufzüge, die vom 22. Oktober datiert ist.

Auf Grund des Paragraphen 2 der zweiten Verordnung des Reichspräsidenten gegen politische Ausschreitungen vom 28. Juni 1932 bestimmt die neue Verordnung unter Paragraph 1, daß die obersten Landesbehörden ermächtigt werden, am 1. und 2. November (Allerheiligen und Allerseelen) und am 20. November (Totensonntag) solche Versammlungen unter freiem Himmel und Aufzüge zu genehmigen, die zum Gedenken an die Toten des Weltkrieges veranstaltet werden.

Französischer Abrüstungsplan

Unannehmbar, wenn Versailler Bestimmungen die Grundlage bilden!

Der Pariser Korrespondent der Times glaubt, über den Inhalt des französischen Abrüstungsplanes etwa folgendes mitteilen zu können:

Der Plan gründet sich auf eine sorgfältig ausgearbeitete

Aufstellung fortschreitender Sicherheitsgarantien,

die die französische Regierung während eines ausgedehnten Zeitraumes zu erlangen hofft. Am Anfang steht ein System regionaler Pakte, worauf dann schrittweise die Abschaffung oder die „Internierung" gewisser Waffenarten und die internationale Kontrolle der Luftschiffahrt folgen sollen Diese Entwicklung würde dann in der

Bildung einer internationalen Streitmacht

ausmünden. Jedes Stadium würde von einer Verminderung der französischen Rüstungen begleitet sein. Der Plan beziehe sich auf die Land-, See- und Luftstreitkräfte. Bezüglich der Seestreitkräfte soll der Plan von der Annahme ausgehen, daß

die Vereinigten Staaten auf die Doktrin der Freiheit der Meere verzichten.

Der Plan fordert auch ferner, daß die beteiligten Mächte nicht nur einen Konsultativpakt, sondern auch einen Schiedsgerichtsvertrag abschließen, der die

Entscheidung eines unparteiischen Gerichtes

vorsieht, bevor zu den Waffen gegriffen werden darf.

Der Korrespondent schließt:

Damit ist sofort die Frage aufgeworfen, ob die Grundlage dieser Schiedsgerichtsbarkeit der im Versailler Vertrag niedergelegte europäische status quo sein soll. Falls dies der Fall ist, so würde ein ungeheures Hindernis für die Annahme dieses französischen Planes durch Deutschland gegeben sein.

*

Auch Quotidien macht einige Angaben über den mutmaßlichen Inhalt des französischen Sicherheits- und Abrüstungsplanes, soweit er sich auf den Ausbau des französischen Heeres bezieht. Nach dem Blatt soll der Plan die

Herabsetzung der Militärdienstzeit von zwölf auf neun Monate

vorsehen. Gerade gegen diesen Teil des Planes hatten Marschall Petain und General Weygand zahlreiche Einwendungen erhoben. Die Zahl der Divisionen würde von 20 auf 12 herabgesetzt werden. Der Plan würde durch eine Organisation von Milizen und eine Erhöhung der Ausbildungsperiode für die Reservisten vervollständigt werden. Außerdem sehe man auch eine besonders

aktive militärische Vorbereitung der Jugend

vor Eintritt in das Heer vor. Zur Durchführung dieser neuen Bestimmungen werde eine durchgreifende Reform der Cadres notwendig. Diese letzten Stadien würden erst nach Annahme des Konstruktivplanes in Genf studiert und verwirklicht werden. Erst zu jenem Zeitpunkt würde der Oberste Kriegsrat, der sich bisher übrigens überhaupt noch nicht mit dem Konstruktivplan zu beschäftigen gehabt hätte, im Einvernehmen mit der Regierung alle für diese Reorganisierung notwendigen Maßnahmen zu ergreifen haben, die das allgemeine Statut des Heeres betreffen.

Die Vertagung der außenpolitischen Kammerdebatte

Die Gründe, weshalb die französische Kammer am Dienstag mit einer großen Stimmenmehrheit beschlossen hat, die außenpolitische Debatte zurückzustellen und mit der Erörterung der Interpellationen über die Agrarkrise zu beginnen, sind nicht geklärt. Leon Blum weist im „Populaire" darauf hin, daß Louis Marin und seine Freunde vor der Kammer die Frage der Schulden bei Amerika aufrollen wollten; es wäre aber offenkundig unangebracht, wenn nicht sogar gefährlich gewesen, diese Frage vor Beendigung des Wahlfeldzuges in Amerika anzuschneiden. Die Sozialisten hätten also Louis Marin und seinen Freunden eine Lektion der Klugheit und des Patriotismus erteilt.

Während die radikale Zeitung „Concorde" behauptet, daß die Abstimmung indirekt, aber trotzdem unbestreitbar eine große Vertrauenskundgebung für Herriot gewesen sei, vertritt die nationalistische Zeitung „L'Ordre" den entgegengesetzten Standpunkt und kündigt an, daß Louis Marin und Franklin Bouillon Herriot interpellieren würden, der dann unmöglich der Debatte ausweichen könne. Herriots zögernde Haltung habe ihm bei der ersten Fühlungnahme mit der Kammer den geringen Kredit genommen, den er noch genossen habe.

Die Finanzlage Frankreichs

Auf einem Bankett der Finanz- und Wirtschaftspresse sprach Finanzminister Germain-Martin über die Finanzlage Frankreichs. Er bezeichnete rigorose Maßnahmen als dringend notwendig. Gewiß bedrohe die gegenwärtige Finanzlage nicht unmittelbar die Stabilität des Franc, dessen Prestige auf dem internationalen Kapitalmarkt beträchtlich bleibe, aber eine Reihe aufeinanderfolgender Budgets, die ein Defizit aufwiesen, könnten die französische Devise treffen, zunächst dadurch, daß die Ausgabe von Schatzbonds notwendig werde, was unweigerlich eine Erhöhung des Papiergeldumlaufs zur Folge haben werde.

Budgetminister Palmade seinerseits verteidigte eine vernünftig durchgeführte Anleihepolitik und bezifferte die Einsparungen, die die Regierung im nächsten Staatshaushaltsplan durchzuführen gedenke, auf rund 5 Milliarden Franc.

Der spanische Außenminister über die Entlassung monarchistischer Beamter

In der spanischen Kammer wurde eine Interpellation über die Zusammensetzung des spanischen diplomatischen Korps eingebracht. Der Interpellant behauptete, daß die Mehrzahl der spanischen Diplomaten dem neuen Regime gegenüber zu lau gesinnt sei. Außenminister Zuleta erklärte in seiner Antwort, gewisse Beamte, die sich nicht genügend loyal gegenüber dem neuen Regime verhalten hätten, seien bereits entlassen worden. Andere würden noch entlassen werden. Aber man müsse gerecht und ohne Ueberstürzung vorgehen. Zuleta benutzte die Gelegenheit, um die spanische Völkerbundspolitik zu rühmen und als deren Ziel die Abrüstung zu bezeichnen.

Bluttaten mit politischem Hintergrund

Am 11. Juli war es in einer Gastwirtschaft in Steeden bei Limburg a. d. Lahn zu Streitigkeiten mit politischem Hintergrund gekommen. Ein betrunkener junger Mann wurde von SA-Leuten an die Luft gesetzt, wobei es zu einem Gedränge im engen Flur des Gasthauses kam. Der auf der Straße stehende Vater des Hinausgeworfenen, ein politischer Gegner der SA-Leute, glaubte seinen Sohn bedroht und eilte in den Flur. Dabei soll auf ihn eingeschlagen worden sein. Er griff schließlich zum Messer und brachte dem 24jährigen SA-Mann Grasmäher einen Stich in den Hals bei. Da auch die Lunge verletzt wurde, trat der Tod infolge Verblutung nach kurzer Zeit ein.

Der Täter, der 53jährige Arbeiter Heinrich Freitag, stand jetzt vor dem Schwurgericht in Limburg. In zweitägiger Verhandlung gelang es nicht, die Tatvorgänge einwandfrei zu klären. Nach längerer Beratung ließ der Staatsanwalt die Anklage wegen Totschlags fallen und das Gericht verurteilte Freitag wegen Körperverletzung mit tödlichem Ausgang zu drei Jahren Gefängnis unter Anrechnung der Untersuchungshaft.

In Uebach (Bez. Aachen) wurden bei einer politischen Messerstecherei in der Nacht zum Montag vier Nationalsozialisten schwer verletzt. Ein Verwundeter, ein Vater von sieben Kindern, ist im Krankenhause seinen Verletzungen erlegen. Ein zweiter schwebt in Lebensgefahr.

Rücktritt Laytons

als Sachverständiger für die Weltwirtschaftskonferenz

Sir Walter Layton hat seine Funktionen als Wirtschaftssachverständiger im Vorbereitenden Ausschuß für die Weltwirtschaftskonferenz wegen Meinungsverschiedenheiten mit der Regierung niedergelegt.

Layton sagt in einem Schreiben an den Premierminister, in dem er seinen Rücktritt begründet:

Die Regierung und ich sind über verschiedene Punkte einer Meinung, besonders darüber daß die Regelung der Kriegsschulden und die schnelle Beseitigung der Maßregeln, die den Welthandel lahmlegen, wesentliche Bedingungen für ein gutes Funktionieren eines neuen internationalen Finanzabkommens sind. Indessen bestehen Meinungsverschiedenheiten zwischen der Regierung und mir über die neuen Maßregeln, die erforderlich sind, um dem internationalen Handel seine Bewegungsfreiheit wiederzugeben. Die Regierung ist der Meinung, daß das gewünschte Ergebnis vielleicht durch individuelle Verhandlungen mit fremden Regierungen in den Grenzen der in Ottawa erreichten Vereinbarungen unter strikter Aufrechterhaltung unserer Rechte als meistbegünstigter Nation erreicht werden kann. Ich fürchte, daß die zweiseitige Verhandlungsmethode auf das Schutzzollsystem in der Welt im allgemeinen wenig Einfluß ausüben würde. Da eine radikale Aenderung in der Welthandelspolitik nicht in Aussicht steht, so glaube ich nicht, daß die Weltwirtschaftskonferenz in der Währungsfrage irgendein befriedigendes Ergebnis haben kann.

Macdonald an Layton

Macdonald hat in Beantwortung des Schreibens Sir Walter Laytons seinem Bedauern über dessen Rücktritt Ausdruck verliehen. Er erklärte, er gebe die Hoffnung nicht auf, daß Layton seine Arbeitskraft weiter in den Dienst der Weltwirtschaftskonferenz stellen werde. Man dürfe nicht behaupten, daß alles, was die Regierung vorschlage, dahin gehe, individuelle Handelsverträge abzuschließen, die lediglich darauf hinausliefen, daß England als meistbegünstigte Nation behandelt werde, um ein Höchstmaß von vorteilhafter Behandlung zu erreichen. Ich glaube, so fügte Macdonald hinzu, daß die Hauptdifferenz zwischen uns die verschiedenartige Einschätzung der Fortschritte ist, die auf den von Layton empfohlenen Richtlinien erreicht werden können. Diese Fortschritte hängen von der Politik anderer Länder ebensosehr ab, wie von unserer eigenen Politik.

Die Cambridge-Union für Abrüstung

Bei einem Diskussionsabend der von Universitätsstudenten gebildeten Cambridge-Union, der, wie üblich, die Form einer Parlamentsdebatte hatte, wurde über eine Entscheidung gesprochen und abgestimmt, die besagte:

„Das Haus würde schwer beunruhigt sein über einen Abrüstungsplan, der auf dem Grundsatz der Deutschland aufgezwungenen Entwaffnung beruhte, und es würde darin eine Bedrohung der Sicherheit Großbritanniens, seines weitverzweigten Handels und des ganzen britischen Reiches erblicken."

Der vormalige Staatssekretär für die Kolonien, **Amery**, sprach sich für die Entschließung aus. **Lord Cecil** dagegen betonte, der Sinn der Erklärung der Alliierten im Versailler Vertrag sei gewesen, daß nach der Entwaffnung Deutschlands die anderen Mächte ebenfalls abrüsten sollten, nicht in jeder Einzelheit so wie Deutschland, aber doch im großen und ganzen. Es sei niemals ein Vertrag unterzeichnet worden, der einen in gleicher Weise bindenden Charakter hätte.

Die Mehrheit der Studenten erklärte sich **mit Lord Cecil einverstanden.** Die Entschließung wurde mit 377 gegen 88 Stimmen abgelehnt.

Severing

In Braunsch... der Eisernen ... klärte, daß die ... Gründen in D... pen stehe, unte... Parteien der ... die Politik der ... ihrer Minister ... Auf das Ur... ring nur kurz ... nicht alle Erw... fülle.

Schließlich w... sönlichen Beme... gegnerischer S... klärte, von Re... behauptet, er ... torwürde der ... schweig eine S... chen, die aber ... worden sei. ... Während seine... minister seien ... Stadt Braunsch... für Erziehung ... Hochschule Bra... ches unterstützt ... diese Unterstütz... knüpft gewesen ... Anfrage Braun... die ihm zugeda... torwürde) nicht ... ohne Doktorsch... habe er sich auf... klärt, die Ehru... aussetzung, daß ... in dem er mit ... Bildungsinstitu... bracht werden ... Braunschweig h... nem Ausscheide... ministers zum ... vorgesehene Su... Forschungsinstit... den konnte, so ... Einsparungen i... Jedenfalls weis... für ihm zugeda... Pfennig ausgeb...

D...

Vom Schöffe... Bankdirektor H... vergehen zu ein... nis und 40 000 ... der Bankremissi... Julius Pieck z... und je 3000 RM... wurde vorgewo... aus holländische... schoben zu habe... auf Sperrkonto ... einnahmte Geld ... und zwar 160 ... 240 000 RM. n...

A...

Steinwür...

In Bamberg ... Versammlung z... den Sälen samm... die Brüning m... fingen. Nach B... auf den Straße... Polizei die Stra... Redner im Ver... hören konnte. ... würfen empfang... wurde gegen de... ning saß, ein St... fenster zertrüm... berichtet das Co... verschiedener P... besonders große... D. A. P. Die D... gei mitteilt, pla... hat drei Verletz... mandant hat po... berg bis auf wei...

Der neue ...



Minister Dinich... Ankunft ...

Als Nachfolger v... neue Gesandte ...

Dinic...

Severing über seine Doktorwürde

In Braunschweig sprach bei einer Kundgebung der Eisernen Front Minister Severing. Er erklärte, daß die Sozialdemokratie aus zahlreichen Gründen in Opposition gegen das Kabinett Papen stehe, unterstrich den Zwist unter den beiden Parteien der Harzburger Front und rechtfertigte die Politik der Sozialdemokratischen Partei und ihrer Minister in der Nachkriegszeit.

Auf das Urteil des Reichsgerichts ging Severing nur kurz ein. Er meinte, daß das Urteil nicht alle Erwartungen der Reichsregierung erfülle.

Schließlich wandte sich Severing in einer persönlichen Bemerkung gegen Ausstreuungen von gegnerischer Seite gegen ihn. Der Minister erklärte, von Rechtskreisen werde seit einiger Zeit behauptet, er hätte für die Verleihung der Doktorwürde der Technischen Hochschule in Braunschweig eine Summe von 20 000 RM. versprochen, die aber nur zu einem kleinen Teil bezahlt worden sei. Diese Behauptung sei unwahr. Während seiner Amtstätigkeit als Reichsinnenminister seien die Goethe-Lessing-Feier der Stadt Braunschweig und das Forschungsinstitut für Erziehungswissenschaften der Technischen Hochschule Braunschweig aus Mitteln des Reiches unterstützt worden; selbstverständlich seien diese Unterstützungen an keine Bedingungen geknüpft gewesen. Im Februar 1930 habe er auf Anfrage Braunschweigs erklären lassen, daß er die ihm zugedachte Ehrung (Verleihung der Doktorwürde) nicht brauche, da ihm sein Name auch ohne Doktorschmuck gut genug sei. Erst später habe er sich auf wiederholtes Drängen bereit erklärt, die Ehrung anzunehmen unter der Voraussetzung, daß sie zu einem Zeitpunkt erfolge, in dem er mit materiellen Zuwendungen an Bildungsinstitute nicht mehr in Verbindung gebracht werden könne. Die Technische Hochschule Braunschweig habe ihn daraufhin erst nach seinem Ausscheiden aus dem Amt des Reichsinnenministers zum Ehrendoktor ernannt. Wenn die vorgesehene Summe für das Braunschweiger Forschungsinstitut nur zum Teil ausgezahlt werden konnte, so sei das im wesentlichen auf die Einsparungen im Reichshaushalt zurückzuführen. Jedenfalls weise er die Unterstellung, als ob er für ihm zugedachte Ehrungen auch nur einen Pfennig ausgeben würde, entschieden zurück

Devisenvergehen

Vom Schöffengericht in Berlin wurden der Bankdirektor Heinrich Dietrich wegen Devisenvergehen zu einem Jahr sechs Monaten Gefängnis und 40 000 RM. Geldstrafe, wegen Beihilfe der Bankremissier Ruben Kohn und der Makler Julius Pieck zu je sechs Monaten Gefängnis und je 3000 RM. Geldstrafe verurteilt. Dietrich wurde vorgeworfen, für 700 000 RM. Effekten aus holländischem und schweizerischem Besitz verschoben zu haben. Den Gegenwert legte er zwar auf Sperrkonto an, führte aber dann das vereinahmte Geld in kleinen Beträgen ins Ausland, und zwar 160 000 RM. nach Holland und 240 000 RM. nach der Schweiz.

Ausschreitungen

Steinwürfe auf Brüning in Bamberg

In Bamberg kam es anläßlich einer Brüning-Versammlung zu starken Ausschreitungen. Vor den Sälen sammelten sich große Menschenmengen, die Brüning mit starken Beschimpfungen empfingen. Nach Beginn der Versammlung begann auf den Straßen ein derartiger Lärm, daß die Polizei die Straßen räumen mußte, weil man den Redner im Versammlungslokal überhaupt nicht hören konnte. Landespolizei wurde mit Steinwürfen empfangen. Auf der Fahrt zum Hotel wurde gegen den Kraftwagen, in dem Dr. Brüning saß, ein Stein geschleudert, der ein Wagenfenster zertrümmerte. Die Demonstranten, so berichtet das Contibüro, waren meist junge Leute verschiedener Parteirichtungen, unter ihnen in besonders großer Anzahl Angehörige der N. S. D. A. P. Die Demonstration war, wie die Polizei mitteilt, planmäßig organisiert. Die Polizei hat drei Verletzte zu beklagen. Der Stadtkommandant hat politische Versammlungen in Bamberg bis auf weiteres verboten.

Der neue Gesandte der Schweiz in Berlin



Minister Dinichert mit seiner Gattin bei der Ankunft in der Reichshauptstadt

Als Nachfolger von Dr. Rüfenacht traf der neue Gesandte der Schweiz, Minister Paul Dinichert, in Berlin ein.

Neue Rede Mussolinis

Ministerpräsident Mussolini hielt in Mailand auf dem Domplatz vor einer riesigen Menschenmenge eine Rede, in der er zunächst einen geschichtlichen Rückblick gab. Er erinnerte vor allem an den Mai 1915, als Italien in den Weltkrieg eintrat, was der Keim des neuen Lebens Italiens geworden sei. So schön die vergangene Epoche gewesen sei, führte Mussolini dann aus, so würden doch

die kommenden Jahre noch schöner werden!

Wir gehen ihnen, sagte der Duce, mit kalter Entschlossenheit und voller Hoffnungen entgegen. Wir haben begriffen, daß das Schicksal ebenso wie heute auch morgen in unseren Händen liegen wird, und daß es das Ergebnis unseres unbeugsamen Willens sein wird. In allen Ländern herrscht Ungewißheit, Unruhe und seelische wie materielle Not. Selbst Völker alter Zivilisation scheinen ohne Führung und ihres Schicksals ungewiß zu sein. Bei uns dagegen ist dies nicht der Fall. Wir haben Mut und marschieren entschlossen vorwärts. Wir haben einen Krieg und eine Revolution überstanden und können und werden mit allen Aufgaben fertig werden. Nicht durch fortgesetzte Konferenzen wird die Welt ihre Gesundheit wiederkriegen.

Weniger Konferenzen und mehr Entschlossenheit! Weniger Tagesordnungen und mehr Taten!

Neuen Taten können Heilung bringen.

Unter Hinweis darauf, daß zu Beginn der faschistischen Bewegung dieser von ihren Gegnern nur eine kurze Lebensdauer vorausgesagt worden sei, erklärte Mussolini: Das 20. Jahrhundert wird

das Jahrhundert des Faschismus

sein. Es wird das Jahrhundert der italienischen Macht und das Jahrhundert sein, in dem Italien zum dritten Male der Wegweiser der menschlichen Zivilisation sein wird, weil es jenseits unserer Grundsätze keine feste Grundlage gibt, nicht für die Einzelmenschen, noch weniger für die Völker. In zehn Jahren wird Europa ein anderes Aussehen haben. Nichts ist trauriger als die Aufgabe, die jedoch von uns erfüllt werden muß, nämlich die Aufgabe, das großartige Blutopfer des ganzen italienischen Volkes zu verteidigen.

Mussolini kam auch auf die Taten Italiens während des Weltkrieges zu sprechen und fuhr dann mit erhobener Stimme fort:

In zehn Jahren wird Europa faschistisch oder faschisiert sein. Die Kluft, die die Zivilisation der Gegenwart spaltet, kann nicht anders überwunden werden als durch die Lehre und die Weisheit Roms. Deshalb zählen wir nicht die Jahre. Ich verachte Ruhe und Stillstand,

ich bin begierig, mich neu zu erproben

und sehne mich nach neuen Mühen. Ich weiß, ihr seid bereit zu höchsten Opfern, ich spüre es, ihr legt eure Anstrengungen nicht auf die Goldwage; wie niemals in den 27 Jahrhunderten italienischer Geschichte ist das italienische Volk heute eins, einig und bereit. Wenn man mich an ein Versprechen erinnert, das ich im Jahre 1926 in der Rede machte, die man „Rede des Aufstiegs" nannte, so ist damit nicht gesagt, daß das faschistische Regime am Ende der großen Zeremonien und Feierlichkeiten nicht noch andere Proben seiner Macht gibt durch einen Akt der Großherzigkeit gegen die „Enttäuschten", gegen die Opfer antifaschistischer Agitation und gegen die, die es sich in den Kopf gesetzt haben, durch unnütze Parolen den Aufstieg eines Volkes zu hemmen. Dieser Akt wird nach seinem wahren Wert beurteilt werden. Wir werden bis dahin unsere Verteidigungsmittel nicht aufgeben; besonders jenseits der Grenzen. Wo man das hier Vollzogene nicht ernst genug betrachtet, möge man wissen, daß es unabänderlich ist.

Ein geisteskranker Handelsrichter?

Ein bedeutungsvoller Prozeß gegen den Industriellen Hoesch

Die Kammer für Handelssachen in Dortmund beschäftigt sich seit längerer Zeit mit einem

Prozeß gegen den Industriellen Hoesch,

der nicht nur in Dortmund, sondern in ganz Rheinland und Westfalen in Industrie- und Handelskreisen mit großem Interesse verfolgt wird. Der Prozeß gegen den zurzeit entmündigten Industriellen hat ganz besondere Bedeutung, da Hoesch gegenüber zahlreichen Firmen

Verbindlichkeiten einging, deren Höhe man auf mehrere 100 000 RM. schätzt.

Hoesch erkennt aber die Ansprüche nicht an und macht geltend, daß er zurzeit der Vornahme der Bestellungen

geisteskrank im Sinne des § 104 BGB.

gewesen sei. Am Mittwoch beschäftigte sich die Kammer für Handelssachen mit dieser Angelegenheit. Die Kläger waren vertreten durch Justizrat Geselbracht, Rechtsanwalt Kuhlmann und Grote in Dortmund. Den Beklagten vertrat Rechtsanwalt Luß. In der Verhandlung wurde seitens der Kläger darauf hingewiesen, daß der Industrielle

Hoesch längere Zeit bei der Kammer für Handelssachen in Dortmund als Handelsrichter mitgewirkt

habe und nicht geisteskrank gewesen sein könne. Sie beantragten, die Handelsrichter, die seinerzeit mit Hoesch amtiert hatten, und den Vorsitzenden der Kammer für Handelssachen, Landgerichtsdirektor Klein, Dortmund, als Zeugen darüber zu vernehmen, welchen Eindruck Hoesch bei der Kammer damals gemacht habe. Zu diesem Beweisantrag will die Kammer noch Stellung nehmen und vertagte den Prozeß auf unbestimmte Zeit.

Der Ausgang dieses Prozesses ist für viele Firmen von ganz besonderer Bedeutung, da er die Entscheidung bringen soll, ob das Prozessieren gegen Hoesch weiter Zweck hat oder nicht.

England nicht zum Schutz der Grenzen Polens und der Tschechoslowakei verpflichtet

Im englischen Unterhaus wurde am Mittwoch gefragt, ob

1. der Locarnovertrag die englische Regierung tatsächlich oder stillschweigend verpflichte, die Grenzen Polens und der Tschechoslowakei gegen einen Angriff zu schützen, und ob

2. die englische Regierung durch die Bestimmungen des Locarnovertrages dem Völkerbund das Recht gegeben habe, darüber zu entscheiden, welchem Staate geholfen werden müsse.

Der Außenminister beantwortete den ersten Teil der Frage mit Nein. Was den zweiten Teil angehe, so könne der Völkerbundsrat keinen England bindenden Beschluß ohne die Zustimmung des englischen Vertreters fassen

Der Frieden — eine Ehe

Der Vergleich Herriots

Ministerpräsident Herriot war in Paris Gast der Vereinigung angelsächsischer Pressevertreter. In der Ansprache, die er aus diesem Anlaß hielt, ging er auf das Sicherheitsproblem ein, indem er ausführte, nach seiner Ansicht sei die Sicherheit Frankreichs die Garantie für die Sicherheit anderer Staaten. Wenn es sich um das Leben der Völker handele, dürften die Politiker sich nicht täuschen. Er habe oft genug Beweise dafür gegeben, daß er Demokrat und Pazifist sei. Heute mehr denn je halte er die Aussöhnung der Völker für die wesentliche Pflicht eines jeden Politikers, der gegenwartig etwas zu sagen habe. Er wolle also mit allen Kräften an der Schaffung des Friedens arbeiten.

Herriot verglich den Frieden mit einer Art Ehe zwischen den Völkern. Dazu gehörten immer zwei. Erst wenn beide Teile ihr Ja gesagt hätten, könnte man im Namen des Gesetzes die Ehe schließen. Frankreich sei friedfertig gesonnen, und auch er wolle den Frieden, aber nicht einen Illusions- sondern einen wirklichen Frieden. Für ihn sei der Friede ein Werk der Männlichkeit, nicht aber der Schwäche. Es erfordere viel Mut und Offenheit und sei vielleicht noch schwieriger als der Krieg. Er wolle kein Wolkengebilde errichten, sondern auf festem Grund und Boden bleiben.

Die Kraftverkehrswirtschaft

Aus Anlaß einer Kundgebung, die der Reichsausschuß der Kraftverkehrswirtschaft (Kraftverkehrskammer) Berlin am 28. Oktober in Düsseldorf veranstaltet, wurde die Presse von dem 1. Vorsitzenden des Reichsverbandes deutscher Ferntransportunternehmen e. V., Düsseldorf, Alfred Otto, über die bisherige Entwicklung [illegible] in dem Verband zusammengeschlossenen K[illegible] verkehrsgewerbes und seine weiteren Absichten unterrichtet.

Der Wesensunterschied zwischen Eisenbahn und Kraftwagen liege darin, daß seit 1919, also seit 14 Jahren, der Lastkraftwagenverkehr durch seine technische Entwicklung, Schnelligkeit, an keine Fahrzeiten gebunden und günstigen Beförderungspreise in der Industrie und Wirtschaft ein allgemein bevorzugtes Beförderungsmittel geworden sei. Durch die individuelle Verkehrsbedienung und namentlich durch den Haus-Haus-Verkehr, d. h. vom Lager des Absenders bis zum Lager des Empfängers ohne Umladung der Waren, werde der Kraftwagen eine unangenehme Konkurrenz des Schienenverkehrs. Alle diese Vorzüge, die der Kraftwagen biete, konnte die Reichsbahn ihren Verkehrsinteressenten nicht bieten. Infolge dieser Entwicklung ging das deutsche Speditionsgewerbe zu diesem neuen Verkehrsmittel immer mehr über, sodaß sich über ganz Deutschland in allen großen Städten die sogenannten Kraftwagenspediteure bildeten. Diese Kraftwagenspediteure haben sich in der „Gemeinschaft deutscher Kraftwagenspediteure e. V. (Gedekra-Reichsverband), Berlin" vereinigt, um auf diese Weise den neuen Verkehrsbedürfnissen zu entsprechen. Ebenfalls haben sich die gewerblichen Kraftwagen-Transportunternehmen im Reichsverband deutscher Ferntransportunternehmer e. V. (R. D. F.), Düsseldorf, zusammengeschlossen. Diese beiden Organisationen haben alsdann diesen Güterverkehr ausgebaut. Die Folge war Senkung der Gütertarife bei der Reichsbahn und letzten Endes die Einführung von Kampftarifen gegen den Kraftwagen.

Als diese Maßnahmen erfolglos blieben, schritt das Reichsverkehrsministerium auf Antrag der Reichsbahn zu einer gesetzlichen Regelung des Güter-Kraftverkehrs.

Die neueste Errungenschaft des Güterverkehrs liege zugunsten für Industrie, Wirtschaft und Handel darin, daß zurzeit durch die organisatorische, vertragsmäßige Zusammenarbeit zwischen Gedekra-Reichsverband und R. D. F. ein „Terminverkehr" eingeführt wurde, d. h., alle Waren, die bis 7 Uhr abends von den Absendern durch den Kraftwagen abgeholt bezw. bei den Kraftwagenspediteuren aufgeliefert sind, werden in einem Umkreis bis zu 400 Klm. bis zum nächsten Tage mittags 12 Uhr dem Empfänger ausgeliefert. Zur schnellen Abfertigung dieses Verkehrs hat der R. D. F. in Deutschland schon bereits eine große Anzahl Laderaumverteilungsstellen (Güterbahnhöfe) eingerichtet, wie in Berlin, Hamburg, Bremen, Leipzig, Hannover, Magdeburg, Düsseldorf, Köln, Frankfurt, Mannheim, Stuttgart und München. Weitere 40 derartige Laderaumverteilungsstellen werden in nächster Zeit in allen größeren Städten eingerichtet. Die „Terminverkehre" werden in ganz Deutschland eingeführt. Insbesondere sollen Laderaumverteilungsstellen im ganzen rheinisch-westfälischen Industriegebiet eingerichtet werden, da durch diesen Bezirk der Nord-Süd- und West-Ost-Verkehr läuft.

Kleine politische Nachrichten

Prüfung des Preußenkassen-Materials durch den Staatsanwalt

Das der Staatsanwaltschaft durch den Reichskommissar über das preußische Justizministerium zugeleitete Material in der Angelegenheit der Preußenkasse ist von der Staatsanwaltschaft geprüft worden. Nach Beendigung der Vorprüfungen wird die Staatsanwaltschaft die Vernehmung der Beteiligten, also auch des preußischen Finanzministers Klepper, bewirken.

Das neue bolivische Kabinett

Aus La Paz wird berichtet: Franz Tamayo hat das neue Kabinett gebildet und gleichzeitig das Außenministerium übernommen. Das neue Kabinett hat den Eid geleistet.

Verbot politischer Zellenbildung der Hamburger Ordnungspolizei

Der Senat Hamburgs hat in einer Verordnung den Beamten der Ordnungspolizei verboten, an politischen Zellen innerhalb der Polizeibehörde teilzunehmen oder solche zu unterstützen. Unter „Zellen innerhalb der Polizeibehörde" sind nach der Verordnung politische Vereinigungen zu verstehen, die ausschließlich oder überwiegend aus Angehörigen der Polizei bestehen.

Der „Stahlhelm" gegen den Prinzen August Wilhelm

Die Reichspressestelle des „Stahlhelm", Bund der Frontsoldaten, veröffentlicht eine scharfe Erklärung gegen den Prinzen August Wilhelm von Preußen, der früher dem Stahlhelm, jetzt der NSDAP. angehört. In der Stahlhelm-Veröffentlichung heißt es u. a., daß der Prinz während des Krieges und noch danach bis 1927 „eine bemerkenswerte Zurückhaltung beobachtet" habe. Weiter wird dann u. a. behauptet: „Im Jahre 1927 kam der Prinz zum Stahlhelm und schwur bei jeder passenden Gelegenheit dem Bundesführer öffentlich die Treue. Er verließ trotzdem nach etwa drei Jahren die Stahlhelmbewegung, weil er sich nicht genügend beachtet glaubte, seine Reden und Bilder nicht oft genug in der Stahlhelmpresse gebracht wurden ."

Zuchthaus- und Festungsstrafen wegen Hochverrats

Im Hochverratsprozeß gegen sieben Berliner Kommunisten wurden verurteilt: Lesniewski zu fünf Jahren Zuchthaus und Behring zu vier Jahren Zuchthaus unter Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf 10 Jahre, zwei Angeklagte zu je 2½ Jahren, ein Angeklagter zu 1½ Jahren Zuchthaus unter Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf fünf Jahre, Emmerich und Barnitzke zu je zwei Jahren Festung.

Der Stadtrat von Zella-Mehlis aufgelöst

Das thüringische Innenministerium hat den Stadtrat von Zella-Mehlis mit sofortiger Wirkung aufgelöst, weil er wiederholt Beschlüsse gefaßt habe, die undurchführbar seien. In dem aufgelösten Stadtrat hatten sieben Kommunisten mit einem Sozialdemokraten die Mehrheit.

Vertreter des deutschen Heeres bei der schwedischen Gustav-Adolf-Feier

An der vom 4. bis 8. November 1932 von der königlich-schwedischen Armee in Stockholm veranstalteten König-Gustav-Adolf-Gedächtnisfeier nehmen als Abordnung des Reichsheeres auf Einladung Major von Uthmann vom Reichswehrministerium, Hauptmann Hoppe, Chef der 12. Kompagnie des 15. Infanterie-Regiments und Oberleutnant Beelitz vom 5. (preußisches) Infanterie-Regiment teil.

Der Völkerbundskommissar für Danzig in Warschau

Der neue Kommissar des Völkerbundes für Danzig ist in Warschau eingetroffen, um der polnischen Regierung einen amtlichen Besuch abzustatten.

Die Wiener Universität wieder geschlossen

Der Rektor der Universität in Wien hat die vorläufige Schließung der Universität angeordnet, da sich Prügeleien in den Universitätsgebäuden fortgesetzt haben. 15 Studenten haben zum Teil ernstere Verletzungen erlitten.

Aufsehenerregende Entführung in Argentinien

„Daily Herald" verbreitet aus Buenos Aires die aufsehenerregende Mitteilung, daß der Sohn des argentinischen Finanzministers, Santiago Hueyo, und der Sohn des Millionärs Ayarza von einer Verbrecherbande entführt worden seien, um von ihren Angehörigen ein großes Lösegeld zu erpressen. Dem jungen Hueyo sei es gelungen, zu entkommen. Ayarza aber befinde sich noch in Gefangenschaft. Die Tat sei allem Anschein nach von der Verbrecherorganisation Maffia ausgeführt worden, die früher in Süditalien große Macht hatte und in Argentinien noch heute Zweigorganisationen besitzen soll. Die argentinische Regierung habe zahlreiche verdächtige Personen verhaften lassen und drei Regimenter, Panzerwagen und Flugzeuge eingesetzt, um die Verbrecherbande unschädlich zu machen und Ayarza zu befreien

Drum so ziehe ich von dannen,
Schließ' die müden Augen zu,
Haltet ewig fest zusammen,
Gönnet mir die ewige Ruh'.

Dem Herrn über Leben und Tod hat es gefallen, heute Morgen 3 Uhr unseren lieben treusorgenden Vater, Schwiegervater, Großvater, Bruder, Schwager und Onkel

August Hutz

nach langem schwerem, mit größter Geduld ertragenem Leiden, im Alter von 76 Jahren, zu sich in die Ewigkeit abzurufen.

Um stille Teilnahme bitten

die trauernden Hinterbliebenen:

Willy Hutz und Frau, Toni geb. Stöcker
Ernst Faubel und Frau, Ida geb. Hutz
und 3 Enkelkinder.

Hilgen, den 26. Oktober 1932.

Die Beerdigung findet Samstag, den 29. Oktober (an seinem Geburtstage), nachmittags punkt 2 Uhr, vom Sterbehause in Hilgen Nr. 51 aus, statt.

Kasino Blasberg

Donnerstag, 27. Oktober, abends 8.30 Uhr

Versammlung

Tagesordnung:

1. Zahlung der Bezüge.
2. Bestellung von Kohlen, Briketts und Saatkartoffeln.
3. Verschiedenes.

Wegen der Bestellung von Saat-Kartoffeln ist das Erscheinen aller Mitglieder dringend erwünscht.

Der Vorstand.

Da z. Zt. keine Verwendung verk. Dame **vornehm. Speisezimm.** Eiche m. Nußb., Büfett 2 m., kompl. RM 450.—. Hochm. **Doppelschlafzimmer** Eiche m. Nußb, rund gebaut, m. geschl. pol. Mitteltür, Schlaraffiaaufl. m. Roßhaar, kompl. RM 550.—. Chaisel., 2 Klubs., alles neu. Ferner sucht Dame, perfekt im Haush. u. Geschäft, pass. Wirkungskreis i. frauenlosem Haush. Eiloff. u. K. 39 an die Geschäftsstelle dsr. Ztg.

Der bestellte

Düngekalk

(auch für Gartenbau-Verein) kann an meinem Lager abgeholt werden.

Wilhelm Haas
Burscheid, Fernspr. 595.



Dankfagung

Für die vielen Anerkennungen gelegentlich meines 50 jährigen Jubiläums als Feuerwehrmann der Freiw. Feuerwehr Burscheid, die mir aus der Bürgerschaft, von der Kreis- und Stadtverwaltung, aus Feuerwehrkreisen und von der Gesamtfeuerwehr Burscheid zugegangen sind, danke ich auf diesem Wege herzlichst

Johann Rothenberg

Burscheid, 27. Oktober 1932

Heim-Stepperinnen

von auswärtiger Schuhfabrik für lohnende Beschäftigung gesucht. Ausgabestelle: Hilgen.

Interessenten wollen sich schriftlich unter „E. F. 193" in der Geschäftsstelle dieser Zeitung melden.

Empfehle **reinweiße**

Astern

für Allerheiligen u. Totenfest von 0.40 RM bis 1 — RM in Töpfen u. z. Auspflanzen.

Stiefmütterchen, blühend Stück 3 Rpf.

Hubert Fuhrbach
Gartenbausiedlg. Sieperfeld
Sieferhof bei Burscheid

Besonders preiswert

Schmalz, gar. rein	Pfund	48	Pfg.
Tafelmargarine	„	28	„
Palmbutter	„	30	„
Salatöl, goldklar	Liter	45	„
Buchweizenmehl	Pfund	22	„
Vollreis, sehr schön	„	17	„
Linsen, gut kochend	„	20	„
Bohnen, weiß	„	12	„
Erbsen, ungeschält	„	18	„
Limburger Käse	„	50	„
Vollheringe, holl.	Stück	5	„

5% Rückvergütung 5%

Peter Hamacher
Hauptstraße 1b — Fernruf 601
gegenüber der Sparkasse.

Wählt Liste 14 — Wählt Liste 14

Volksrecht-Partei

Ortsgruppe Burscheid

Am Sonntag, den 30. Oktober 1932, nachm. 5.30 Uhr findet im Gasthof „Zur alten Post" (Ww. Urbahn) eine

große öffentliche

Kundgebung

statt

Der Landesverbandsvorsitzende Major a. D. Pohl spricht über das Thema

Warum muß der Sparer wählen

Zu dieser Kundgebung ladet alle Wähler ergebenst ein: Der Vorstand

Eintritt frei — **Eintritt frei**

Kein Sparer darf fehlen. Helft erspartes Vermögen schützen

Wählt nur Liste 14



Donnerstag und Freitag

lebendfrische Seefische

prachtvolle holl. Vollheringe

nur Milchner, 10 Stück nur 95 Pfennig.

Walter Mebus, Burscheid
Hauptstraße — Telefon 495





Für Barzahler die beste Kaufgelegenheit in

Teppichen, Läuferstoffen Gardinen u. Dekorations-Stoffen

Teppichhaus Neumarkt (Inh. Ludwig Heidenheimer), Köln Neumarkt 14. Sonntag von 1 bis 6 Uhr geöffnet.



Zool. Spezial-Geschäft

Friedr. Eckert

Opladen, Kölner Straße 63

empfiehlt

Wald-Vögel, Käfige, Futter, sämtl. Utensilien, Fische, Aquarien und Terrarien in bester Qualität resp. Ausführung bei streng reellen Preisen.



im

„Bergischen Volksboten"
Eurer Heimatzeitung

Fahrpläne

zum Preise von 30 Pfennig sind zu haben in der Geschäftsstelle dieser Zeitung

Bergischer Volksbote

Druck und Verlag von Hermann Claas, Burscheid

Burscheider Zeitung

Nr. 253 2. Blatt Donnerstag, 27. Oktober 1932

Müdes Laub

In den Bäumen knistert die Brandfackel des Herbstes. In Ahorn und Buche, Birke und Esche fallen die bunten Feuer auf. Funkensprühend spielt dazwischen hinein die Sonne mit dem herbstlichen Laub und erhöht das Farbenspiel der gesprenkelten Wälder und Hänge.

So oft ein Windstoß durch die Baumkronen fährt, rafft er in Massen die Blätter von den Aesten. Welk und fahl sinken sie zur Erde, müde und leise. Sie vermögen dem Zausen und Rütteln des Windes nicht mehr standzuhalten. Ihre Kraft ist am Ende. Je kahler und ärmer das Geäst der Bäume wird, um so dicker und höher wird die Blätterschicht auf dem Boden. Saftlos und runzelig liegt das dürre Laub durcheinander und raschelt unter dem Tritt der Vorübergehenden. Ein leichter Modergeruch strömt von den schmutzig-grünen, gelben, braunen Blättern aus.

Fallendes Laub gibt auch dem heiteren Herbsttag ein schwermutsvolles Gesicht, weil es an das Vergehen und Verwehen gemahnt. Es ist Sinnbild des Jahres und Sinnbild des menschlichen Lebens. Leise Melancholie beschleicht uns, wenn der Wind das fahle Laub zwirbelt und durcheinander wirbelt. Eben noch war in den Blättern Kraft und Leben, Glanz und Schönheit. Ein einziger Windhauch hat das alles zerstört. Welk und tot liegen die Blätter auf dem Boden. Und plötzlich hören wir die Stimme der Seele, die wieder lauter zu uns spricht: Mensch, du flüchtig Vergänglicher, bereite dich vor!

Kann auch nur einer unbeschwert und gedankenlos vorübergehen an fallenden Blättern, ohne sich innerlich bewußt zu sein, wie sehr doch auch der Mensch den ewigen Gesetzen des Werdens und Vergehens unterworfen ist?

Goldene Hochzeit in Kretzheide

Schon wieder einmal eine „Goldene" und zwar die siebente innerhalb des Jahres 1932 in der Gemeinde Burscheid; eine Seltenheit, wie man sie wohl kaum ein zweites Mal in einer gleich großen Gemeinde unseres Vaterlandes finden wird. Es zeugt dies doch sicherlich davon, daß hier in unseren Bergen ein gesundes Lüftchen weht und ein zäher und kräftiger Menschenschlag zu Hause ist.

Es sind diesmal wieder zwei alteingesessene Burscheider Bürger, die auf einen langen, gemeinsamen Lebensweg zurückblicken können, und zwar die Eheleute Albert Theis und Frau, Emilie geb. Schmidt, in Kretzheide, die am morgigen Freitag, den 28. Oktober, das Fest ihrer Goldenen Hochzeit feiern können. Beide erfreuen sich noch verhältnismäßig guter Gesundheit und sind geistig rege und frisch. Der Jubelbräutigem wurde am 3. April 1858 zu Benninghausen geboren, ist also 74 Jahre alt, während die Jubelbraut am 5. Mai 1862 in Mahlscheid, Gemeinde Neunkirchen, das Licht der Welt erblickte, und somit im 71. Lebensjahre steht. Ihrer Ehe sind insgesamt 15 Kinder entsprossen und zwar 4 Söhne und 11 Töchter, von denen 4 im Kindesalter starben. Von den Söhnen ist der jüngste im Weltkrieg geblieben.

Fünfzig Jahre gemeinsamer Lebensweg sind eine lange und wechselvolle Zeit. Und für das Jubelpaar wird es bestimmt eine wechselvolle Zeit gewesen sein, wo das Familienhaupt seiner täglichen Beschäftigung als Plüschweber nachging, und die ihm anvertraute Gattin auf vorsorgliche Art den vielköpfigen Hausstand versah. Und nicht immer wird man, wie überall, so ganz ohne Sorgen gewesen sein, die sich zu gegebener Stunde in jeder Familie einstellen. Aber gemeinsame Schaffensfreude waren auch hier stark genug, um die sich in den Weg stellenden Hindernisse zu überwinden. Aber auch Glück und Freude sind bei ihnen oft als liebe Gäste eingekehrt, haben ihnen manches schöne Geschenk beschert, das ihnen heute noch in der Erinnerung lieb und wert sein wird.

So ist denn nun der Ehrentag der Eheleute Albert Theis herbeigekommen, an den sie schon so lange gedacht und auf den sie sich lange gefreut haben. Und sie werden einmal Rückschau halten auf die Zeit, die sie gemeinsam durchschritten, und Vergleiche ziehen mit den damaligen und heutigen Verhältnissen. Alte Erinnerungen werden ausgetauscht, und die Gedanken von diesem zu jenem wandern, denn 50 Jahre bedeuten im Leben einen ereignisreichen und bedeutungsvollen Abschnitt. Da ist es nun wohl auch gerechtfertigt, wenn an diesem seltenen Tage dem goldenen Paare, das sich überall großer Wertschätzung und Beliebtheit erfreut, eine besondere Ehrung zuteil wird. So haben denn die Nachbarschaft und die Freunde für kommenden Samstag, den 29. Oktober, im Saale der Wirtschaft Schmitz, Höhestraße hierselbst, abends 7 Uhr, eine schlichte, der Zeit entsprechende Feier vorbereitet, zu der alle Nachbarn, Bekannte usw. herzlich eingeladen sind.

In dem großen Kreis der Gratulanten wollen auch wir als Heimatzeitung, die das Jubelpaar durchs ganze Leben begleitet hat, nicht fehlen und den Eheleuten Albert Theis zu dem Tage ihrer Goldenen Hochzeit unsere herzlichsten Glück- und Segenswünsche aussprechen und der Hoffnung Ausdruck geben, daß es ihnen vergönnt sein möge, noch einen schönen und sorgenfreien Lebensabend im Kreise der Kinder und Enkelkinder zu verleben.

Generalversammlung des Vaterl. Frauenvereins

Es ist schon zum Brauch geworden: Wenn der Spätherbst ins Land gerückt ist, wenn die Hauptarbeit auf den Feldern, in den Gärten, in Kellern und Küchen geschehen ist, kommt der Vaterländische Frauenverein (Zweigverein Burscheid) mit seiner Generalversammlung auf den Plan. In erster Linie tritt er einmal im Jahre an die Oeffentlichkeit — das gesteh'n seine Vertreterinnen frei — um seine Kasse ein wenig aufzufüllen, damit sie den Ansprüchen, die das nahende Christfest an sie stellt, in etwa genügen kann. Daß man sich in diesem Jahre ganz besonders verausgabt hat, daß eine Auffrischung des Geldbeutels noch mehr not tut als in früheren Zeiten, braucht wohl nicht gesagt zu werden. — Unsere treuen Burscheider — Private und Geschäftsleute — sorgen durch die hübschen Gaben, die sie zur Verlosung schicken, dafür, daß die Generalversammlung einigen geldlichen Erfolg bringen kann, der dann ausschließlich den Aermsten unserer Gemeinde zugute kommt. Auch das ist allmählich zum Brauch — zum guten Brauch geworden.

Zugleich ist es aber auch kein Fehler, daß unsere Frauenwelt, nach des Sommers Last und Hitze, nach des Herbstes Vorsorgen für den Winter, eine freundliche Ausspannung winkt. Bei einem guten, reichlichen bergischen Kaffee können sich alte Freundinnen begrüßen, können sie hauswirtschaftliche, oder auch andere Gespräche führen. Der Vorstand wird von seiner Arbeit berichten. Es wird musiziert und für weitere Unterhaltung gesorgt werden. Augen, Ohren und Herz sollen dabei auf ihre Kosten kommen. Wie wir hören, soll diesmal ein Spielchen aus unserer engsten Heimat in „Burscheider Platt" aufgeführt werden. Die jungen Darstellerinnen sind schon eifrig mit Proben beschäftigt.

Es ist also wohl anzunehmen, daß ein angenehmer Nachmittag vor den Mitgliedern und Freunden des Vaterländischen Frauenvereins liegt. Und wir raten unsern Leserinnen, auch um der guten Sache willen, die Generalversammlung, die diesmal im Gasthof „Zur Post" (Inh. Otto Stoßberg) stattfindet, zu besuchen.

Bergische Heimatspiele auf Schloß Burg

Der Hauptausschuß der Bergischen Heimatspiele tagte am gestrigen Nachmittag auf Schloß Burg.

Zu Eingang der Besprechung wies der Vorsitzende eingehend auf die Schwierigkeiten hin, die heute der Abhaltung der Heimatspiele entgegen stehen, legte andererseits aber dar, daß seiner Ansicht nach der Erfolg gesichert sei, wenn mit Gründlichkeit und Sorgfalt an die Arbeit heran gegangen wird. Maßgebend für die Veranstaltung der Heimatspiele sind zwei Gründe und zwar 1. in der Zeit der Not allen Bergischen einige erhebende Stunden zu verschaffen, 2. aus Gegensätzlichkeit und Zerrissenheit wieder zur Volksgemeinschaft zu kommen. Das Jahr 1933 legt eine Zusammenlegung der 800-Jahrfeier Burgs mit den Heimatspielen nahe.

Finanzielle Schwierigkeiten bestehen nicht. Das letzte Heimatspiel 1931 endete für die Kasse ohne Zuschüsse. Vorhanden sind rund 6600 Mark. Die Unkosten einer Heimatspieltagung belaufen sich auf rund 8000 Mark. Durch den Hauptausschuß wurde hierauf einstimmig beschlossen, die Heimatspiele im nächsten Jahre stattfinden zu lassen. Kernstück der Heimatspieltagung ist das Heimatspiel. Das Spiel muß aus der Heimat herausgewachsen sein und dadurch im bergischen Volk leben.

Büchereidirektor Schäfer-Solingen hat ein geeignetes Spiel geschrieben „Die Schlacht von Worringen", das bereits im bergischen Geschichtsverein gelesen wurde. Der Unterausschuß für das Festspiel wurde mit der Prüfung des Stückes beauftragt. Grundsätzlich wird mit der Darstellung die Wuppertaler Bühne beauftragt.

Die Turn- und Sportverbände sollen die erforderlichen 500 Komparsen stellen. Die Leiter der Turn-, Sport- und Spielverbände erklärten sich mit der Austragung einer bergischen Heimatstaffel, die alle Jahre — auch wenn kein Festspiel stattfindet — vor sich gehen soll, einverstanden. Diese Heimatstaffel soll bei allen sporttreibenden Verbänden terminmäßig eingetragen werden. Vertreter des Westdeutschen Chorverbandes und des Deutschen Sängerbundes sagten die Mitwirkung ihrer Verbände zu. Jedoch gaben sie dem Wunsche Ausdruck, nicht die Sänger einer einzelnen Stadt, sondern des gesamten bergischen Landes hinzuzuziehen. Das Jugendtreffen wird in der üblichen Weise am Tage vorher durchgeführt.

Als Tag der Aufführung wurde der zweite Sonntag nach Pfingsten, der 18. Juni, festgesetzt.

Rundfunkgebühren für Schulen

Der Deutsche Städtetag hat den Reichspostminister gebeten, daß nicht nur der Schulfunk, für den die Gebühren von monatlich 2 Mark auf 0,80 Mark ermäßigt sind, sondern auch der Kinder- und Jugendfunk, soweit er innerhalb der Schulzeit zu pädagogischen Zwecken abgehört wird, unter die Bedingungen des Ermäßigungserlasses fällt. Der Reichspostminister hat der Anregung des Städtetages erfreulicherweise entsprochen in der Erwartung, daß für die richtige Einhaltung der Voraussetzung für die Preisermäßigung von der Schulaufsichtsbehörde Gewähr übernommen wird. Die Oberpostdirektionen sind durch Erlaß des Reichspostministers von der Erweiterung der Ermäßigung unterricht worden.

Winterbeihilfe im Rhein-Wupper-Kreis

Sitzung des Kreisausschusses — 15 Zentner Brennstoff als Winterhilfe — Appell an die freie Liebestätigkeit — Die Finanzen des Kreises

Nach längerer Pause trat am Dienstagnachmittag im Kreishause in Opladen der Kreisausschuß des Rhein-Wupper-Kreises unter Vorsitz von Landrat Trimborn zu einer Sitzung zusammen, um eine größere Tagesordnung zu erledigen. Von besonderer Bedeutung war die Aussprache über die diesjährigen

Winterhilfsmaßnahmen des Bezirksfürsorgeverbandes,

die bei den katastrophalen Finanzverhältnissen des Kreises dem Bezirksfürsorgeverband und den einzelnen Wohlfahrtsämtern große Sorge bereiten. Die Leiter der Stadt- und Landkreise des Regierungsbezirks Düsseldorf sind schon vor einigen Wochen in einer Besprechung beim Herrn Regierungspräsidenten einig geworden, daß besondere Hilfsmaßnahmen für den Winter notwendig sind. Man kam dort zu dem Ergebnis, daß in allen Bezirksfürsorgeverbänden gleichmäßig den Unterstützungsempfängern bis zu 15 Zentner Kohlen gegeben werden soll. In der Sitzung am Dienstag, in der außerdem ein kommunistischer Antrag auf weitere Winterhilfsmaßnahmen zur Beratung stand, berichtete Landrat Trimborn über die Verhandlungen bei der Regierung, wobei er betonte, daß nach der Verordnung des Herrn Reichspräsidenten vom 19. Oktober nicht mehr der Kreisausschuß, sondern der Vorsitzende des Kreisausschusses die Richtsätze für die Wohlfahrtspflege festzusetzen hat. Trotzdem sei es richtig, wenn der Kreisausschuß sich eingehend mit dem gesamten Fragenkomplex beschäftige, weil er ja letzten Endes mit für die Aufbringung der Mittel zu entscheiden habe. Landrat Trimborn wies zunächst eingehend an Hand von Zahlenmaterial nach, wie sich die Finanzen der Kreisverwaltung seit Beginn des neuen Haushaltsjahres entwickelt haben. Das Defizit von 2,8 Millionen Mark, mit dem die Kreisverwaltung ins neue Rechnungsjahr ging, ist leider trotz aller Drosselungsmaßnahmen nicht geringer geworden. Da leider zu erwarten ist, daß im kommenden Winter die besonderen Beihilfen, die aufgrund des § 39 des Finanzausgleichsgesetzes von Berlin gegeben werden, spärlicher fließen, kann mit einer

weiteren rapiden Verschlechterung der Finanzlage

gerechnet werden. Zu den kommunistischen Forderungen bemerkte der Landrat, daß ihre Verwirklichung eine Summe von 2,3—2,5 Millionen Mark erfordere; eine Verwirklichung der Anträge sei daher in einem Augenblick, wo der Kreis mit seinen Finanzen vollkommen zusammengebrochen sei, einfach unmöglich. Hinzukomme, daß die Kommunalaufsicht kategorisch der Ansicht sei, daß die Bezirksfürsorgeverbände, die außer dem allgemeinen Rahmen besondere Winterhilfsmaßnahmen durchführen, nicht damit zu rechnen hätten, daß Beihilfenanträge von ihnen befürwortend nach Berlin weitergegeben werden. Mit reinen Demonstrationsanträgen aber sei den Erwerbslosen nicht gedient; es müsse vielmehr dafür gesorgt werden, daß im Winter Mittel zur Verfügung ständen, um die Unterstützungssummen überhaupt auszahlen zu können.

Mehrere Mitglieder des Kreisausschusses vertraten mit dem Landrat die Auffassung, daß gerade im kommenden Winter die freie Liebestätigkeit mit helfen müsse, die Not zu lindern. Die behördliche Wohlfahrtspflege ist am Ende ihrer Kraft; sie durch die Unterstützung der örtlichen Notgemeinschaften wirksam zu ergänzen, ist daher in diesem Winter Aufgabe aller, die noch in der Lage sind, irgendwie helfen zu können.

Der Kreisausschuß erklärte sich mit der vom Landrat vorgetragenen Regelung einverstanden. Darnach soll die Winterhilfe im Durchschnitt dem Wert

von 15 Zentner verbilligter Kohle

entsprechen und in den Monaten November bis März ausgegeben werden. Gedacht ist an Alleinstehende mit eigenem Haushalt eine Ausgabe von zwei Zentner Kohle monatlich, an Hauptunterstützungsempfänger mit 1—2 Angehörigen drei Zentner monatlich; und an Hauptunterstützungsempfänger mit 4 oder mehr Angehörigen vier Zentner Kohle im Monat. Die Mittel in Höhe von 125 000 Mark können nach der Zusicherung der Regierung bei Beihilfenanträgen aus dem § 39 des F.A.Ges. Berücksichtigung finden. Der Vorsitzende wurde gebeten, bezüglich der weiteren Forderungen, die in dem kommunistischen Antrag enthalten sind,

erneut mit der Regierung Fühlung zu nehmen, um zu sehen, ob es möglich ist, auch bei etwaigen weiteren Winterhilfsmaßnahmen (Kartoffelversorgung, Kleider, Schuhe) Beihilfenberücksichtigung zu finden.

An weiteren Beschlüssen erledigte der Kreisausschuß mehrere Einsprüche gegen die Heranziehung zur Unterstützung hilfsbedürftiger Angehöriger.

Eine Reihe von Konzessionsangelegenheiten wurden dem Vorschlag der Verwaltung entsprechend erledigt.

Sehr an Zahl vermehrt haben sich die Anträge auf Steuer-Stundung und Steuerniederschläge. Der Kreisausschuß prüft die vorliegenden Anträge und sprach sich in einigen Fällen für Niederschlagung oder Stundung aus.

Ein Einspruch gegen die Jagdpachtordnung der Gemeinde Leichlingen wurde vom Kreisausschuß abgewiesen.

Die Verteilung der aus dem Arbeitsbeschaffungsprogramm dem Landkreise zur Verfügung gestellten Mittel für Wegeunterhaltung an die Gemeinden fand dem Vorschlag der Verwaltung entsprechend Annahme.

Vom 1. November ab geht entsprechend den Bestimmungen des Bockhaltungsgesetzes die Verpflichtung zur Bockhaltung wieder auf die Gemeinden über.

Laichzeit

Die Laichzeit der Forellen, die sich bis in den Dezember hinein erstreckt, nimmt gegen Mitte Oktober ihren Anfang. Die Forellen können das Laichen aber erst beginnen, wenn die Wasserverhältnisse es gestatten, bis in die kleinen und kleinsten Gebirgsbäche hinaufzuwandern. Bei dem gegenwärtigen Wasserstand vermögen die Forellen nicht leicht die zahlreichen Mühlenwehre zu erklettern, die sich ihnen bei der Wanderung in den Weg stellen. Die Winterschonzeit der Fische unserer Heimat ist für die Zeit vom 15. Oktober bis 9. Dezember für alle Gewässer festgesetzt, die nicht der Frühjahrsschonzeit unterliegen. Der Fischfang ist gänzlich verboten, ausgenommen der Fang von Laichfischen mit Genehmigung des Regierungspräsidenten zur künstlichen Bruterzeugung. Auch kann der Aeschenfang unter gewissen Voraussetzungen von dem Landrat gestattet werden.

Oktober-Fest im Deutschen Haus

Am kommenden Samstag, den 29. und Sonntag, den 30. Oktober, findet in den festlich geschmückten Räumen des hiesigen Gasthofs „Zum Deutschen Haus" (Bruno Lungstraß) das bekannte Oktoberfest (Schlachtfest) statt. Alle „Klävhötten-Spezialitäten (wie Eisbein mit Sauerkraut usw.) werden in altbekannter Güte zu angemessenen Preisen verabfolgt, und eine gute Stimmungskapelle wird den Gästen einige frohe und gemütliche Stunden bereiten.

Näheres in der morgigen Anzeige.

Tarifverhandlungen in der Schuhindustrie gescheitert

Die Berliner Verhandlungen zum Abschluß eines neuen Reichstarifvertrages für die gesamte deutsche Schuhindustrie sind nicht zum Abschluß gelangt, sondern gescheitert. Die Arbeitgeberverbände haben daraufhin beschlossen, das Reichsarbeitsministerium anzurufen. Im Einverständnis der Vertragsparteien sollen der bisherige Manteltarif und das bisherige Lohnabkommen (Zusatzvertrag) solange in Kraft bleiben, bis eine der Parteien erklärt, daß sie die Bemühungen zum Abschluß eines neuen Vertrages als gescheitert ansehe.

Bedarfshaltestelle in Tente

Die Kraftverkehrsgesellschaft Wupper-Sieg hat dem Antrage des Verkehrs- und Verschönerungsvereins Wermelskirchen, an der alte Schule in Tente eine Bedarfshaltestelle der Autobuslinie Radevormwald — Burscheid — Opladen einzurichten, mit sofortiger Wirkung entsprochen.

Der Saatenstand im Kreise

Die Begutachtung des Saatenstandes im Rhein-Wupper-Kreise, die Anfang Oktober erfolgte, weist gegenüber den Durchschnittsnoten des Staates und des Regierungsbezirks keine wesentlichen Unterschiede auf. Bei Spätkartoffeln, Zuckerrüben, Futterrüben, Kohlrüben und Mohrrüben finden wir für den Staat und Regierungsbezirk die Note gut bis mittel, die ebenfalls auch für den Kreis abgegeben worden ist. Für Weißkohl ist in allen drei Fällen die Begutachtungsnote mittel abgegeben worden. Bei Zwiebeln und den anderen Kohlarten fehlt für den Kreis die Bewertung. Ebenfalls finden wir bei Gräsern und Klee für den Staat, Regierungsbezirk sowie den Kreis die gleiche Bewertungsnote und zwar gut bis mittel.

Reformationsfest und Allerseelen im Rundfunk

Am Abend des Reformationstages (Montag) überträgt der Westdeutsche Rundfunk aus der Stadtkirche zu Wittenberg eine „Lutherische Vesper", die vom Chor der Wittenberger Bachgemeinde und der Stadtkapelle Wittenberg bestritten wird.

Im Konzert zu Allerseelen, das Dr. Wilhelm Buschkötter leitet, singt Margret Langen Beethovens „An die Hoffnung" und mit dem Männerchor des Westdeutschen Rundfunks Regers „Weihe der Nacht". Bruckners 8. Sinfonie in c-moll bildet den Abschluß des Programms.

Polizeiliche Prüfung von Leihbüchereien

Wie Landesrat Wingender (Düsseldorf) in der vom Landeshauptmann der Rheinprovinz herausgegebenen „Wohlfahrtspflege in der Rheinprovinz" mitteilt, haben die Polizeipräsidenten von Köln und Düsseldorf in ihren Amtsbezirken eine Reihe bekannterer Leihbüchereien daraufhin durchgeprüft, welche und inwieweit sogen. Sittengeschichten von ihnen verliehen werden. Die Inhaber der Leihbüchereien erklärten nach dem amtlichen Bericht übereinstimmend, daß gerade nach diesen Werken eine starke Nachfrage besonders auch von Seiten der Jugend bestehe! Jedermann kann hier ohne viel Geld in den „Genuß" eines dieser teuren Werke kommen, von denen ein Band bis zu 75 Mark kostet. Die Werke enthalten durchweg, und zwar unter einem fadenscheinigen wissenschaftlichen Mäntelchen, Schilderungen schlimmster Erotik. Das Landesjugendamt der Rheinprovinz hat mit der Prüfung dieser Sittengeschichten und der teueren sexuellen Werke begonnen.

Die Rheinische Provinzialsynode faßte den Beschluß, über den Deutschen Evangelischen Kirchenausschuß unter Mitwirkung der zuständigen evangelischen Fachverbände die Reichsregierung zu veranlassen, schnellstens den Mißständen auf dem Gebiete des Leihbüchereiwesens mit Maßnahmen der Gesetzgebung, wie Ergänzung der Reichsgewerbeordnung und Mitwirkung der Jugendämter, zu begegnen.

Wie schützt man sich gegen Falschgeld?

Die Geldfälschungen mehren sich von Tag zu Tag. Wie kann man sich nun gegen falsches Geld schützen? Da unechtes Geld meist aus minderwertigem Metall besteht, liegt es gewöhnlich unter dem Gewicht der echten Münzen. Man kann sich bei der Reichsbank über die Gewichtsgrenzen der geprägten Silberstücke erkundigen. Manche legen auch das zweifelhafte Geldstück auf die eine Waagschale, während sie auf die andere ein echtes Stück legen, eine allerdings nicht genaue Methode. Falsche Geldstücke haben meist einen dumpfen Klang. Dieses Mittel schützt aber nur gegen plumpe Fälschungen. Ist im Falschgeld Blei, dann erkennt man dies meist an dem hölzernen Ton und am „Bleistrich", der zurückbleibt, wenn man das Geldstück über Papier streicht.

Will man Banknoten auf ihre Echtheit prüfen, so muß man auf folgendes achten: Papier, Format, Wasserzeichen, Fasern, Druck, Zeichnung und Guillochierung. Bei der Guillochierung werden gewisse Verzierungen, die verschiedene Figuren darstellen, in das Papier eingelassen. Sie ist noch schwerer als ein Wasserzeichen nachzuahmen.

Darf der Arzt . . . ?

Aufklärung über Krankheit muß gestattet sein

Diese sehr interessante Frage hat das Reichsgericht in einer Entscheidung behandelt. Ein Heilkundiger hatte eine Patientin darüber informiert, daß sie Krebs und eine Herzmuskelentzündung habe. Daraufhin verfiel die Frau in Geisteskrankheit. Der Heilkundige wurde infolgedessen der fahrlässigen Körperverletzung angeklagt und auch in der unteren Instanz verurteilt. Das Reichsgericht hob aber diese Entscheidung auf. Es betonte, daß jeder Arzt und auch jeder Heilkundige grundsätzlich das Recht habe, seinen Patienten über die Art des Leidens aufzuklären.

Diese Aufklärung erst veranlasse viele Patienten, auf eine bestimmte Behandlungsweise einzugehen. Auch müsse ein Kranker gerade bei einem gefährlichen Leiden rechtzeitig in der Lage sein, seine wirtschaftlichen Dispositionen zu treffen. Man kann also, meint das Reichsgericht, dem Arzt keinen Vorwurf daraus machen, wenn er den Kranken über die Krankheit informiert. Eine Ausnahme kommt freilich dann in Frage, wenn der Arzt sich bei der Persönlichkeit des Kranken sagen muß, daß die Aufklärung nicht ratsam ist, unter Umständen sogar verheerende Wirkungen anrichten kann. Aber im allgemeinen kann dem Arzt kein Nachteil daraus entstehen, daß er dem Patienten die Art und die Bedeutung des Leidens bekannt gegeben hat.

Aus dem Rhein-Wupper-Kreis

Dränage-Arbeiten in Steinbüchel

Leverkusen, 27. Okt. Seit einigen Wochen haben in der Ortschaft Alt-Steinbüchel Entwässerungsarbeiten begonnen, welche ein zirka 40 Morgen großes, sumpfiges Wiesengelände trocken legen sollen. Der Hauptabzugsgraben ist 1,50 Meter tief und ist bereits fertiggestellt, während an den durch das ganze Gelände liegenden bzw. vorgesehenen Abzugsrohren noch gearbeitet wird. Das aus dem genannten Grundstück abfließende Wasser wird in einem unterhalb des Hauses Steinbüchel gelegenen Wasserloch gesammelt und durch einen Bach abgeleitet.

Hilflos in der Heide aufgefunden

Langenfeld, 27. Okt. Am Dienstagmittag wurde in der Ohligser Heide beim Hause Kovelenberg ein junges Mädchen in hilflosem Zustande aufgefunden und dem Ohligser Krankenhaus zugeführt. Es handelt sich um die im Jahre 1914 in Langenfeld geborene Anna Klein, die seit Sonntagnachmittag vermißt wird. Nach Mitteilung der Kriminalpolizei habe die Untersuchung des Falles ergeben, daß sich das Mädchen, entgegen ihren Aussagen, mit vier Männern in den Wald begeben habe, dort mißbraucht und dann hilflos liegen gelassen wurde. Das Mädchen befindet sich wieder im elterlichen Hause.

Höhepunkt der Frechheit

Langenfeld, 27. Okt. Im vergangenen Monat wurde vom katholischen Friedhof zu Richrath ein Fahrrad entwendet. Der Bestohlene bemühte sich in der Zwischenzeit, in den Besitz eines gebrauchten Fahrrades zu kommen. Bei einem Händler in der Hauptstraße wurde ihm ein gebrauchtes Fahrrad angeboten. Beim näheren Zusehen mußte der Kauflustige feststellen, daß ihm sein eigenes gestohlenes Fahrrad zum Kauf angeboten wurde. Das Fahrrad war durch Einbau von anderen Rädern und Schutzblechen stark verändert worden.

Durchgebrannt

Dabringhausen, 27. Okt. Eine jüngere Hausangestellte, die bei einem Landwirt in Arnzhäuschen tätig war, verschwand, nachdem sie sich mit Kleidungsstücke und einem Geldbetrag versehen hatte. Die Polizei konnte ihren Aufenthalt ausfindig machen und ihr die entwendeten Sachen wieder abnehmen.

350 Jagdinteressenten

Wermelskirchen, 27. Okt. Die öffentliche Versteigerung der Jagdbezirke von Wermelskirchen hatte wohl etwa 350 Interessenten herbeigelockt, jedoch wurden überraschend niedrige Gebote erzielt. Beträgt der Pachtpreis nach der Ermäßigung heute im Durchschnitt noch 77 Rpf. für den Morgen, so wurden auf der Versteigerung nur noch 36 Rpf. für den Morgen erzielt. Für die einzelnen Jagdbezirke beträgt das Höchstgebot 55 Rpf., das niedrigste 26 Rpf. Das Höchstgebot betrug bei Bezirk 1 über 300 ha groß 660 RM, bei Bezirk 2 über 800 ha groß 1200 RM, bei Bezirk 3 über 580 ha groß 850 RM, bei Bezirk 4 über 480 ha groß 580 RM, bei Bezirk 5 über 650 ha groß 1000 RM, bei Bezirk 6 über 400 ha groß 500 RM, bei Bezirk 7 über 400 ha groß 430 RM. Der Zuschlag ist noch in keinem Falle erteilt.

Berufsschicksal der Schulentlassenen

60 619 Ratsuchende (34 956 Knaben, 25 663 Mädchen) haben in den letzten 12 Monaten mit 182 125 Besuchern die Berufsberatungsstellen der rheinischen Arbeitsämter aufgesucht. Den Hauptteil der Ratsuchenden stellen naturgemäß die Volksschüler, doch nehmen auch die Schüler und Schülerinnen der höheren Lehranstalten die öffentliche Berufsberatung immer mehr in Anspruch. Von den 60 619 Ratsuchenden des abgelaufenen Jahres kamen 13 183 von höheren Schulen.

Von wesentlicher Bedeutung ist die tatkräftige Hilfe, die die Berufsberatung im einzelnen Fall durch den Nachweis einer Lehrstelle leistet. Trotz der trostlosen wirtschaftlichen Lage, die während des Berichtsjahres auf alle Gewerbezweige drückte und fast jeden Mut zu Neueinstellungen unterband, kann die rheinische Berufsberatung 12 678 Vermittlungen in Lehr- und Anlernstellen nachweisen, d. h., daß jeder fünfte Ratsuchende vermittelt werden konnte.

Auch von den Abiturienten und Abiturientinnen konnten 209 in Lehrstellen vermittelt werden.

15 964 Ratsuchende, d. h. 26 Prozent der Ratsuchenden insgesamt, wurden einer Eignungsprüfung unterzogen.

Bei den Knaben richten sich die Berufswünsche in erster Linie auf die verschiedenen Schlosserberufe (rd. 4000). Darunter erfreut sich der Beruf des Autoschlossers nach wie vor besonderer Beliebtheit. Die nächste große Gruppe mit ebenfalls rd. 4000 bilden die Jugendlichen, die kaufmännische Angestellte werden wollen, hierunter etwa die Hälfte der Bewerber mit höherer Schulbildung. Im Vergleich mit den Vorjahren steigt der Zustrom zu den kaufmännischen Berufen fortdauernd. Unter dem Druck der wirtschaftlichen Not, die in immer weiteren Kreisen in der Unzulänglichkeit des Existenzminimums fühlbar wird, nimmt die Zahl derjenigen weiter zu, die in die Berufe des Nahrungsmittelgewerbes, Bäcker, Fleischer, hineinwollen. Auf dieselben Gründe dürfte auch die erhebliche Zunahme der Jugendlichen, die Landarbeit als Berufswunsch angeben, zurückzuführen sein, außerdem auf die Tatsache, daß für die Jugendlichen in ländlichen Bezirken der darniederliegende städtische Arbeitsmarkt keinen Anreiz mehr ausübt. Der in den letzten Jahren in sämtlichen Bezirken beobachtete Zudrang zum Friseurberuf geht zurück.

Bei den Mädchen gruppieren sich die Berufswünsche in der Hauptsache um die Berufe der Verkäuferin, Kontoristin und Schneiderin. 6861, d. h. mehr als ein Viertel der weiblichen Ratsuchenden wollen Verkäuferin werden. In die Kontorberufe möchten 3300 Mädchen, davon sind rd. die Hälfte Schülerinnen höherer Lehranstalten. Für den Verkäuferinnenberuf haben diese noch ein erstaunlich geringes Interesse. Das Interesse für den Schneiderinnenberuf hat nicht nachgelassen, dagegen schwindet die Vorliebe für den Beruf der Friseuse, wie bei den Knaben der für den Friseur. Die noch vor einigen Jahren zu beobachtende Abneigung unserer schulentlassenen Mädchen gegen hauswirtschaftliche Arbeit oder Ausbildung ist kaum noch vorhanden. Gegenüber dem Vorjahr geben 1000 Mädchen mehr hauswirtschaftliche Arbeit als Berufswunsch an. Hier sprechen dieselben Gründe mit, die die Knaben dazu bringen, sich zunehmend den Berufen des Nahrungsmittelgewerbes und der Arbeit in der Landwirtschaft zuzuwenden.

Die in diesen Zahlen zum Ausdruck kommende wachsende Inanspruchnahme der öffentlichen Berufsberatung und Lehrstellenvermittlung durch berufsuchende Jugend und durch die Wirtschaft beweist, daß die Arbeitsämter für das Bemühen, den rechten Mann auf den rechten Platz zu bringen, Faktoren von zunehmender Bedeutung sind.

Aus der näheren Umgebung

Solingen

Eine neue Devisenschiebung

Ein Buchhalter in Solingen verhaftet

Auf Anordnung des hiesigen Amtsgerichts Solingen wurde der Buchhalter einer belgischen Firma in Brüssel, die in Solingen eine Zweigniederlassung unterhält, festgenommen. Der Buchhalter soll Chade-Aktien und J. G. Farben-Papiere im Gesamtwerte von 15 000 RM. von Brüssel nach Deutschland gebracht und bei Banken in Solingen und Neuß verkauft haben. Die Markbeträge wurden wiederum nach Belgien verschoben. Einem Zollbeamten ist es gelungen, bei der Verhaftung des Buchhalters Effekten im Werte von 6000 RM. zu beschlagnahmen, die als Straffsicherung dienen sollen.

Wuppertal

Der Streik bei den Ri-Ri-Werken beendet

Der in der vergangenen Woche bei den Ri-Ri-Werken (Reißverschluß) in Wuppertal-Barmen ausgebrochene Streik ist nunmehr nach Verhandlungen mit der Belegschaft beigelegt worden. Bekanntlich wurde die Arbeit wegen der von der Firma angekündigten Kürzung der Akkordlöhne auf den tariflichen Stand niedergelegt. In sämtlichen strittigen Fragen wurde zwischen den beiden Parteien eine Einigung erzielt.

Düsseldorf

Gefängnisstrafe für Gas- und Stromdiebstahl

Das Düsseldorfer Schöffengericht fällte gestern ein Urteil, das nicht wegen der Höhe der Strafe, sondern seiner juristischen Feststellungen wegen von allgemeinem Interesse ist. Es verurteilte einen Düsseldorfer Kaufmann zu drei Monaten und einer Woche Gefängnis wegen schweren Diebstahls. Dem Kaufmann war die Gas- und Stromzuleitung gesperrt worden, weil er zwei Rechnungen nicht bezahlt hatte. Er hatte dann, um Gas und Strom entnehmen zu können, den Sperrdraht von der Plombe entfernt.

Köln

Köln. Keine Zusammenlegung der Kölner und Frankfurter Obligationärversammlungen. Wie wir hören, wird die Stadt Köln mit Zustimmung der zuständigen Stelle die ursprünglich gleichzeitig mit der Frankfurter Obligationärversammlung auf den 8. November anberaumte Versammlung ihrer Schatzscheingläubiger auf den 9. November, also einen Tag später, verlegen.

Ersatz für Benzin

Gegenwärtig finden beim Kölner Fuhrpark Versuche mit einem Holzgenerator statt, der in eine der schweren Zugmaschinen des städtischen Fuhrpark eingebaut ist. Der Antrieb der Maschine erfolgt dabei nicht durch Benzin oder Benzol, sondern durch ein Gas, das durch Verschwelen von Holz in dem Generator erzeugt wird. Führen die Versuche zu einem günstigen Ergebnis, dann werden weitere Maschinen mit diesem neuen Treibstoff gespeist, wodurch eine erhebliche Kostenersparnis eintreten wird.

Westdeutsches

Aachen. Ein Schmuggelkraftwagen gestellt. Zollbeamte aus Laurensberg und Horbach bemerkten in der Frühe einen Lieferwagen, der bei Horbach auf einem Nebenwege in schnellster Fahrt aus Holland kam. Der Wagen versuchte zunächst durchzubrechen und hielt erst, als die Beamten ein scharfes Feuer auf ihn eröffneten und der Führer die auf den Weg gelegten Nagelbretter bemerkte. In dem Lieferwagen wurden 16 Zentner Kaffee und ein Zentner Kakao gefunden. Der Führer, ein junger Mann aus Sperholzerheide, wurde festgenommen.

Aachen. Eine Geheimbrennerei ausgehoben. In Süggerath bei Geilenkirchen wurde durch die Zollfahndungsstelle Düsseldorf eine Geheimbrennerei ausgehoben. Sie war mit einem modernen Braugerät ausgerüstet und wurde seit einigen Monaten in einem Gebäude des Süggerather Wasserwerks betrieben. Der Geheimbrenner, ein Holländer, wurde festgenommen. Der Betrieb ist zweifellos in großem Umfange geführt worden. Die polizeiliche Untersuchung ist noch nicht abgeschlossen.

Aachen. Hohe Reichsbeamte besichtigen das Schmuggelgebiet. Staatssekretär Dr. Zarden vom Reichsfinanzministerium und Ministerialdirektor Ernst besichtigten in Begleitung von Beamten des Landesfinanzamtes Köln und der zuständigen Hauptzollämter einen Teil der deutsch-belgischen Grenze, um von dem Schmuggel und dessen Bekämpfung ein anschauliches Bild zu gewinnen. Am Abend fuhren die Herren nach Krefeld weiter, von wo aus sie der deutsch-holländischen Grenze einen Besuch abstatten wollen.

Gladbeck. Ein Unhold verprügelt. Ein 46jähriger Geschäftsinhaber aus der Ackerstraße verging sich an zwei noch schulpflichtigen Mädchen im Alter von 11 und 12 Jahren. Als die Brüder der Mädchen von den Untaten des Mannes Kenntnis erhielten, rückten sie ihm zu Leibe, zertrümmerten seine Ladeneinrichtung und mißhandelten ihn schwer. Das Ueberfallkommando mußte herbeigerufen werden, um den Unhold aus den Händen der empörten Leute zu befreien.

Bottrop. Zu dem Lastkraftwagenunglück in Holland. Wie aus Holland gemeldet wird, ist in dem folgenschweren Zusammenstoß eines Bottroper Lastkraftwagens mit einem elektrischen Kleinbahnzug, der sich bekanntlich vor mehreren Wochen bei Haeren (Holland) ereignete, jetzt einiges Licht gebracht worden. Die eingeleitete Untersuchung hat ergeben, daß den Führer des Kleinbahnzuges keine Schuld an dem Unfall trifft. Dagegen soll gegen den Lenker des Lastkraftwagens ein Strafverfahren wegen Transportgefährdung eingeleitet werden.

Oberhausen. 600 Prozent Bürgersteuer. Im Einvernehmen mit der Regierung in Düsseldorf hat der Oberbürgermeister die Erhöhung der Bürgersteuer für 1933 mit 600 Prozent des Landessatzes beschlossen.

Das Neueste

Die deutsche Delegation für die Kontingentierungsverhandlungen mit Dänemark ist in Kopenhagen eingetroffen.

Die seit einiger Zeit von den Zeitungen gebrachten angeblichen Pläne einer bevorstehenden Aenderung des Betriebsrätegesetzes werden von zuständiger Stelle als unzutreffend bezeichnet.

Der neue mexikanische Gesandte in Berlin gewährte einem Vertreter des WTB ein Interview, in dem er ausführte, zwischen Deutschland und Mexiko gebe es keine Probleme.

Das Schwurgericht in Stendal verurteilte den Tischlermeister und Grundbesitzer Georg Grosse aus Barnebeck wegen vorsätzlichen Mordes zum Tode und wegen versuchten Mordes in zwei Fällen zu 5 Jahren Zuchthaus. Grosse hatte wegen Pachtstreitigkeiten eine Landwirtsfrau erschossen, sowie zwei Männer schwer verletzt.

In einer Wahlversammlung des Duisburger Zentrums sprach Prof. Dr. Schreiber die Hoffnung aus, daß der Wirtschaftsplan trotz mancher Bedenken seine Wirkung nicht verfehlen möge.

Der frühere Reichstagspräsident Loebe setzte sich in einer Kundgebung der Groß-Essener SPD mit dem Wirtschaftsprogramm des Kabinetts von Papen auseinander.

Auf einer Zusammenkunft mit Vertretern der Presse in Essen äußerte sich der Spitzenkandidat der Deutschen Volkspartei für die Wahlkreise Düsseldorf-Ost und West, Generaldirektor Dr. Köngeter, eingehend über die Frage der Kontingentierungspolitik.

In einer Wahlrede in Landau erklärte der bayerische Ministerpräsident Dr. Held, wenn der Reichskanzler eine wahre und christliche Volkspolitik treibe, werde er die Bayerische Volkspartei hinter sich haben.

In der Mühlhausen-Straße in Hamburg zertrümmerten Kommunisten 25 Fenster von Wohnungen, in denen Nationalsozialisten wohnen. 5 Täter wurden festgenommen.

Dr. Hugenberg führte in einer deutschnationalen Kundgebung in Kassel u. a. zu dem Urteil des Leipziger Staatsgerichtshofes aus, er befürchte nicht, daß sich aus der Vertretungsbefugnis der preußischen Minister im Reichsrat usw. Schwierigkeiten ergeben könnten.

Das radikal deutschfeindlich eingestellte „Lager des größeren Polen" in Posen ist wegen antistaatlicher Betätigung aufgelöst worden.

Der französische Marineminister hat der Brester Werft den Auftrag erteilt, den 26 000 Tonnen-Kreuzer „Dünkirchen" auf Kiel zu legen.

Der französische Sicherheits- und Abrüstungsplan wird nach nochmaliger Beratung innerhalb der zuständigen Ministerien am Freitag dem Obersten Landesverteidigungsamt zur endgültigen Annahme unterbreitet werden.

Die Angestellten der französischen Post-, Telegraphen- und Telephonverwaltung wenden sich gegen die geplante Herabsetzung der Beamtengehälter.

In dem Bericht des Stellvertretenden Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses, de Tessan, der der Landestagung der radikal-sozialistischen Partei vorliegen wird, heißt es u. a., daß die erste Bedingung für eine Entspannung in Europa die Beilegung der Streitigkeiten mit Deutschland sei. In der Frage der Gleichberechtigung gibt der Bericht eine gewundene Antwort, weil man der deutschen Forderung keine stichhaltigen Gegengründe entgegenhalten kann.

Im englischen Unterhaus teilte der englische Minister für die Dominien mit, daß die in den Ottawaer Abmachungen enthaltene Vorzugsbehandlung für Irland nicht in Frage komme.

„Morning Post" veröffentlicht heute ein Interview mit dem deutschen Reichskanzler, in dem dieser sich zu verschiedenen aktuellen Fragen eingehend äußerte.

Der amerikanische Staatssekretär Stimson trat in einer Wahlrede in Pittsburgh für die Herabsetzung der Kriegsschulden und den Beitritt Amerikas zum Haager Schiedsgerichtshof ein.

In einer Rede in Cleveland hat sich Unterstaatssekretär Casel energisch gegen die Streichung der Schulden der Alliierten ausgesprochen.

Bolivien wird, ebenso wie Paraguay, im Chacogebiet die Feindseligkeiten einstellen, bis die Streitfrage durch Schiedsspruch geregelt ist.

Aus Quito wird die Besetzung weiterer Gebiete von Equador durch peruanische Truppen gemeldet.

Das Wetter von heute und morgen

Wechselnd bewölkt und noch ziemlich mild, mit einzelnen leichten Regenfällen, mäßige südwestliche Winde.

Güterzug beraubt — Die Bahnpolizei beschossen

Der Durchgangsgüterzug Falkenberg—Halle wurde heute Nacht gegen 12 Uhr in Delitzsch auf dem Sorauer Güterbahnhof von bisher unbekannten Dieben beraubt. Mehrere Wagen wurden erbrochen und Stückgut auf den Bahnkörper geworfen. Der Raub wurde erst nach der Abfahrt des Zuges bemerkt. Ein Kommando der Bahnpolizei Halle begab sich sofort mit einer Lokomotive nach Delitzsch und suchte das Gelände systematisch ab. Dabei wurden die Beamten aus einer Strohdieme plötzlich beschossen. Es wurden im ganzen etwa 15—20 Schüsse gewechselt. Einer der Täter erhielt einen Armschuß und konnte festgenommen werden, die übrigen entkamen auf ihren Fahrrädern.

Tumult in einer nationalsozialistischen Versammlung

In einer nationalsozialistischen Wahlversammlung in Erfurt, in der Rechtsanwalt Frank 2 aus München sprach, kam es zu erregten Auftritten, als der überwachende Polizeioffizier den Redner wegen scharfer Angriffe gegen den Reichskanzler verwarnte. Rechtsanwalt Frank beachtete jedoch die Verwarnung nicht, sodaß er ein zweites Mal verwarnt wurde. Daraufhin äußerte sich der Redner abfällig über die überwachenden Polizeiorgane, was die Auflösung der Versammlung zur Folge hatte. Dabei kam es zu einem Tumult im Saal. Es wurde mit Biergläsern nach den Beamten geworfen. Der Saal wurde von der Polizei geräumt.

„Graf Zeppelin" in Pernambuco

Nach einem in Friedrichshafen beim Luftschiffbau eingegangenem Funkspruch von Bord des „Graf Zeppelin" von 9,40 Uhr MEZ landet das Luftschiff in wenigen Minuten in Pernambuco.

Worms. Verstärkung der Eisenbahnbrücke. Nach einer Bauzeit von rund 1¼ Jahren sind die im Juli 1931 begonnenen Verstärkungsarbeiten an der Wormser Eisenbahnbrücke nunmehr beendet worden. Der Eisenbahnbetrieb, der während der ganzen Bauzeit eingleisig geführt werden mußte, konnte auf beiden Gleisen der Strecken Worms—Biblis, Worms—Bensheim und Worms—Lampertheim wieder aufgenommen und damit die Brücke ihrer neuen Bestimmung, auch die schwersten Lastenzüge der Reichsbahn mit Sicherheit zu tragen, übergeben werden.

Bad Salzuflen. Schlägerei zwischen Arbeitswilligen und Streikenden. Vor dem hiesigen Bahnhof kam es am Nachmittag zwischen streikenden und arbeitswilligen Arbeitern einer Schötmarer Fabrik zu Auseinandersetzungen, die schließlich in eine Schlägerei ausarteten. Die betreffende Firma hatte seit einigen Tagen zur Vermeidung von Zwischenfällen die auswärtigen Arbeitswilligen in Omnibussen zum Salzufler Bahnhof befördern lassen. Als der Transport am Nachmittag dort ankam, hatten sich vor dem Bahnhof etwa 20—30 ehemalige Arbeiter der Firma eingefunden, die die Ankommenden mit Zurufen empfingen. Darauf entwickelte sich eine Schlägerei, in deren Verlauf mehrere Personen verletzt wurden.

Frankfurt a. M. Das Mainkraftwerk Frankfurt a. M.-Griesheim in vollem Betrieb. Mit der sinkenden Nacht strahlt über dem Untermain, weithin sichtbar, eine Art Lichtburg auf: das Krafthaus der neuen Staustufe Griesheim, ein mächtiges, vom Grund bis zum Dach 36 Meter hohes monumentales Bauwerk der Technik, das modernste seiner Art. Bei Tag und Nacht braust und dröhnt es in diesem geheimnisvollen, mit 5½ Millionen Mark erstellten Wasserschloß, menschenleer bis auf zwei Personen, Bediener der Maschinen und der elektrischen Kraft, die hier aus dem Wasser gewonnen wird. In einer Wassermasse von etwa 190 cbm in der Sekunde muß sich hier der ganze Main durch die enge Gasse der Turbinen zwängen lassen. Das Werk hat ein Gefälle bis 4½ Meter, das ist soviel, wie die drei oberen Werke, Großkrotzenburg, Kesselstadt und Mainkur, zusammen. Auf 35 000 Volt aus den Maschinen umgespannt, geht die elektrische Kraft, die alljährlich in einer Menge von 25 Millionen Kilowattstunden hier erzeugt wird, durch Kabel zum Frankfurter Elektrizitätswerk. Der endgültige Betrieb mit der Stadt wird voraussichtlich am 1. November aufgenommen werden.

Schmuggler als falsche Zollbeamte

1½ Mill. RM. Geldstrafe für Bandenschmuggler

Einen interessanten Einblick in die „Berufsmoral" der Schmuggler gab eine Verhandlung der Großen Strafkammer in Gladbach-Rheydt, vor der sich am Dienstag 11 Schmuggler zu verantworten hatten. Die Bande war im August d. J. im Waldnieler Wald in der Nacht von zwei Komplizen überfallen und des Schmuggelgutes beraubt worden. Nachdem man die beiden anfangs für Zollbeamte gehalten hatte, richtete sich der Verdacht bald gegen die Mitschmuggler, einen Schmied und einen Anwaltsgehilfen. Gegen diese hatten die geschädigten Schmuggler Anzeige wegen des Feuerüberfalles erstattet. Dadurch kam die Sache ins Rollen, und am Dienstag sahen sich die 11 Schmuggler vor der Strafkammer wieder. Die Beweismittel zur Verurteilung wegen Raubes gegen die beiden angeklagten Mitschmuggler reichten nicht aus. Sie kamen wegen Amtsanmaßung und Nötigung mit vier Monaten Gefängnis davon. Wegen Bandenschmuggels erhielten sie und sechs der übrigen Angeklagten Gefängnisstrafen bis zu 7 Monaten. Weiter wurden gegen die Angeklagten Geldstrafen von insgesamt 1½ Millionen RM. verhängt.

Güteraustausch Ostpreußen-Westdeutschland

Ein neuer Weg wirksamer Osthilfe

Ueber das Thema „Güteraustausch Ostpreußen—Westdeutschland" sprach Dr. Karl Schacht-Essen, Syndikus der Essener Industrie- und Handelskammer, im Westdeutschen und im Ostmarken-Rundfunk.

Dr. Schacht ging davon aus, daß innerhalb der deutschen Landwirtschaft die ostpreußische am heftigsten unter der Wirtschaftskrise leide infolge der isolierten Lage der Provinz. Die sich daraus ergebende Umstellung der ostpreußischen Wirtschaft, die seit Jahren mit Opfern und Schwierigkeiten vor sich gehe, werde natürlich von Reich und Preußen finanziell gefördert, aber durch die großen finanziellen Nöte des Staates in völlig unzureichender Form, weshalb die

Unterstützung durch private Initiative

hinzutreten müsse. Die Untersuchung der in Frage kommenden Möglichkeiten führe zu der Erkenntnis, daß versucht werden müsse, den Absatz ostpreußischer Waren im Reich wesentlich zu heben. Es müsse im einzelnen sorgfältig kalkuliert werden, welche Warenarten und -mengen aus Ostpreußen über den jetzigen Absatz hinaus zusätzlich nach dem Reich abgesetzt werden könnten. Für den Absatz ostpreußischer Erzeugnisse nach dem Westen kämen in erster Linie in Betracht, Getreide, Mehl, Kartoffeln und Käse, weiterhin Butter, Fleischwaren, Eier und Geflügel. Für letztere Erzeugnisse dürfte ein großer Umsatz nach dem Westen kaum erreicht werden, während

Getreide, Mehl, Käse und Kartoffeln

die ostpreußischen Produkte darstellten, die natürliche Voraussetzungen für einen größeren Markt im Westen mitbringen. Der Absatz ostpreußischen Getreides in Form von Brotgetreide und Mehl in den westlichen Provinzen gehe infolge der günstigen Preise und guten Qualitäten reibungslos vonstatten. Die größte Bedeutung für eine Steigerung des Absatzes habe der ostpreußische Käse, der

sog. Tilsiter Käse,

Hier sei eine Absatzbesserung möglich durch Steigerung von Qualität und Geschmack. Für einen erhöhten Versand komme dann noch die Kartoffel in Frage. Das Ruhrgebiet habe allein einen Jahresbedarf von über 800 000 t., von dem der größte Teil zugeführt werden müsse. Aus dem Ausland wurden

1931: 35 405 t. Kartoffeln eingeführt.

Hier sei also die Möglichkeit einer Ersetzung durch ostpreußische Kartoffeln gegeben, die sich durch hervorragende Qualität auszeichneten. Neben der ostpreußischen Speisekartoffel sei die ostpreußische Saatkartoffel für den Absatz nach dem Westen von ganz besonderer Bedeutung.

Der Redner betonte zum Schluß, daß man also im Westen die Möglichkeit habe, die ostpreußische Bevölkerung in ihrem wirtschaftlichen Existenzkampf zu unterstützen.

Verantwortungsbewußte Männer der westdeutschen Wirtschaft hätten in gemeinsamen Verhandlungen mit Vertretern Ostpreußens wegweisende Maßnahmen eingeleitet.

Diese bewußte organisierte Zusammenarbeit werde sich besonders auch auf eine Steigerung des Absatzes industrieller Erzeugnisse des Westens in Ostdeutschland erstrecken müssen.

59 schwere Diebstähle in Lippe aufgeklärt

Von 25 Tätern 15 in Untersuchungshaft

Wie der Landespolizeidirektor in Detmold mitteilt, ist es nunmehr gelungen, 59 schwere Diebstähle, die seit dem Frühjahr ds. Js. in den verschiedenen Orten des Landes Lippe begangen worden sind, aufzuklären. 15 der in Frage kommenden 25 Täter befinden sich in Untersuchungshaft. Bei der großen Zahl der Täter und der zur Aburteilung kommenden strafbaren Handlungen ist damit zu rechnen, daß demnächst ein Strafprozeß von außerordentlichem Ausmae vor dem zuständigen Gericht in Detmold stattfinden wird.

Tragödie eines holländischen Paares in einem Rheinhotel

In dem Rheinstädtchen Camp ereignete sich eine furchtbare Bluttat. Ein Paar war in einem Gasthaus abgestiegen und hielt sich Mittwoch morgen noch lange auf seinem Zimmer auf. Gegen 10 Uhr hörten die Hausbewohner mehrere dumpfe Schläge, die man aber nicht weiter beachtete. Bald darauf hörte man aus dem Zimmer schweres Stöhnen und als man die Türe gewaltsam aufbrach, fand man den Mann tot im Bett liegend. Er hatte sich eine Kugel in den Kopf geschossen. Die Frau, die ebenfalls eine Schußwunde aufwies, lebte zwar noch, wurde aber bewußtlos ins Krankenhaus gebracht. Nach einem bei dem Paar aufgefundenen Zettel handelt es sich um Leute, die zuletzt in Rotterdam ansässig waren. Nach Lage der Dinge dürfte Selbstmord vorliegen.

Sanierungsversuch bei der Landesbank

Die Verhandlungen über eine Sanierung der Landesbank der Rheinprovinz, die vor ein- und einviertel Jahren in Schwierigkeiten geriet und die allgemeine deutsche Bankenkrise damals bedeutend verschärft hatte, sind nun endlich abgeschlossen worden, nachdem bisher immer nur Maßnahmen ergriffen werden konnten, die eine vorübergehende Hilfe brachten, aber eine Wiederflottmachung des Instituts nicht ermöglichten. Dies lag nicht etwa an einem mangelnden Hilfswillen der Beteiligten, sondern an den großen Schwierigkeiten, die sich aus der finanziellen Notlage der kommunalen Schuldner der Bank ergaben. Die beteiligten Kommunen konnten ja zumeist nicht nur ihre kurzfristigen Schulden an die Bank nicht zurückzahlen, sondern blieben großenteils auch die Zinsen schuldig. Der nun zwischen Reich, Staat und neuer Landesbankleitung vereinbarte Hilfsplan bedeutet deshalb auch noch keine endgültige Sanierung der rheinischen Landesbank, die im jetzigen Zeitpunkt sicherlich große Opfer der Gläubiger zur Voraussetzung gehabt hätte, vielmehr sieht der Plan in erster Linie eine Stillhaltung der Gläubiger auf vier Jahre vor, verbunden mit einer Herabsetzung der Zinsen auf 4 Prozent. Es wird jetzt darauf ankommen, bei den bevorstehenden Verhandlungen die Gläubiger zur Annahme dieser Vorschläge zu bewegen. Als Ausgleich für die verlangte Stillhaltung sollen die Gläubiger aus der von der Reichsbank zusammen mit der Akzeptbank zu gewährenden Liquidationshilfe, deren genaue Höhe noch nicht bekannt ist, die sich aber auf etwa 30 Mill. RM belaufen dürfte (nachdem bisher schon 75 Mill. RM zur Verfügung gestellt worden sind), eine Abschlagszahlung von 10 Prozent erhalten. Außerdem soll den Gläubigern ein Entgegenkommen erleichtert werden durch die Garantie für einen Teil der Zinsen (in Höhe von 15 Mill. RM), die Reich und Staat übernehmen wollen. Der Provinzialverband muß sich auch an der Sanierung beteiligen, er soll die Reichs- und Staatsforderungen gegen die Bank, die sich auf der Einlösung von 50 Mill. RM Schatzanweisungen im vergangenen Jahr ergeben haben, als Schuldner übernehmen. Das ist nicht angenehm für den Provinzialverband, der deshalb sicherlich seine Umlage erhöhen muß, aber durch diese Maßnahme tritt eine wesentliche Verbesserung des Status der Landesbank ein.

Von den geplanten Stillhaltemaßnahmen werden nicht die gesamten kurzfristigen Darlehen betroffen, die etwa 470 Mill. RM betragen. Hiervon entfallen rund 50 Mill. RM auf ausländische Banken, deren Forderungen durch das allgemeine Stillhalteabkommen geregelt werden, während Versorgungsanstalten und Berufsgenossenschaften, die Forderungen an die Landesbank haben und denen ein Stillhalten nicht möglich ist, eine Sonderstellung erfahren. Die Stillhaltung auf vier Jahre wird also in erster Linie die Sparkassen betreffen, die annähernd 200 Mill. RM zu fordern haben. Diesen Instituten ist ja bereits in dringenden Fällen durch Liquiditätskredite der Akzeptbank geholfen worden.

Ob die rubrik Abwicklung bei der Landesbank der Rheinprovinz, wie sie durch die beabsichtigten Maßnahmen ermöglicht werden soll, auch durchgeführt werden kann, wird nun im wesentlichen davon abhängen, daß die Kommunen innerhalb der vierjährigen Schonzeit durch kommunale Umschuldung und Finanzausgleich in die Lage versetzt werden, ihre Schulden bei der Bank allmählich abzudecken. Diese Sachlage beweist, daß der Fall Landesbank der Rheinprovinz kein Spezialproblem darstellt, dessen Lösung für sich allein möglich ist, sondern daß die Vereinigung bei dem Institut, das durch die wachsende Finanznot der rheinischen Kommunen in eine besondere Zwangslage kam, nur in Verbindung mit der Sanierung der Kommunalfinanzen endgültig durchgeführt werden kann. H. H—r.

Geschäftliches

Arbeitslosen- und Jugendhilfe

Mehr als 10 Millionen RM sind bisher in den Volkswohllotterien schon gewonnen worden; neben vielen hunderttausend kleinen Gewinnen sind allein 134 Villen und Landhäuser, 48 Reisen um die Welt und eine große Anzahl mittlerer Gewinne ausgespielt worden. Bei der vom 11.—18. November ds. Js. stattfindenden Ziehung der Volkswohllotterie zu Gunsten der Arbeitslosen- und Jugendhilfe kommen wieder sechs Villen und Landhäuser, Automobile, Vier- und Zwei-Zimmereinrichtungen, insgesamt 52 340 Gewinne und zwei Prämien zur Verlosung. Das Los kostet nur 1 RM, das Doppellos 2 Mark, und schon für den kleinen Betrag von 2 RM kann man im Glücksfalle eine Villa im Werte von 50 000 RM — und noch 45 000 RM dazu — in bar gewinnen. Sämtliche Gewinne werden auf Wunsch mit 90 Prozent bar ausgezahlt.

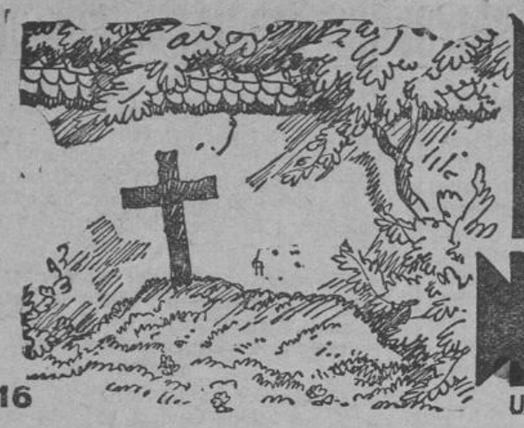
Beachten Sie die heutige Beilage über die Volkswohllotterie der bekannten Lotteriebank Gust. Pfordte, Essen/Ruhr, Postfach 238. Schon mancher ist durch die Volkswohl-Lotterie zu Glück und Wohlstand gekommen.

Wieder zehn Eisenbahnwagen voll Kathreiner für die Deutsche Winterhilfe!

Das Haus Kathreiner in Berlin hat wieder, ebenso wie im vergangenen Jahre, vierhunderttausend Pakete Kathreiner gespendet, die im Winter an Arbeitslose kostenlos verteilt werden sollen.

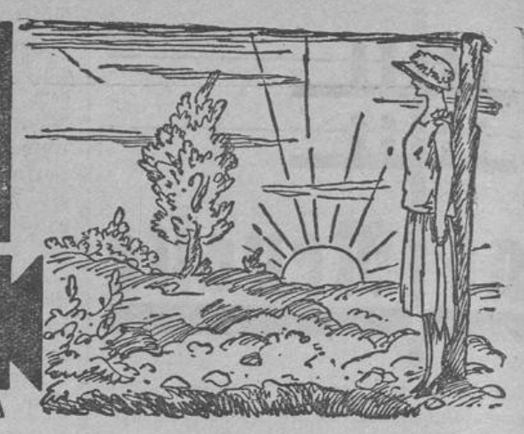
Diese Ausgabe umfaßt 10 Seiten
einschl. „Unterhaltungsbeilage"

Verantwortl. Schriftleiter: Willy Claas; für Provinz, Allgemeines und Sport: Josef Maaßen, beide in Burscheid.
Druck und Verlag: Hermann Claas, Burscheid, Mittelstraße 10.



MATA HARI

ROMAN VON ARNO FRANZ



16

URHEBERRECHTSSCHUTZ DURCH VERLAG OSKAR MEISTER WERDAU · SA

Dann wendete sie sich an ihn, der immer noch an ihrem Tische stand.

„So setzen Sie sich doch, Herr Leutnant. Ledoux wird nicht lange auf sich warten lassen."

Mechanisch glitt Arnauld auf einen der Rohrsessel nieder.

„Die Zeche soll man nicht schuldig bleiben," plauderte sie, „und später . . . wird zum Zahlen kaum mehr Zeit sein. Sie haben es ja so eilig! — Zigarette gefällig, Herr Leutnant?"

Arnauld saß wie ein Klotz. Das war ihm im Leben noch nicht geschehen. Er war unfähig, auch nur einen Gedanken zu erwägen, den er in Worte hätte kleiden können.

„Sie sind kein Franzose, Herr Leutnant," begann Mata wieder, „sonst hätten Sie wenigstens für mein Anerbieten gedankt" und klappte den Deckel der weißen Schachtel zu. „Sie hätten an Ihrem Tische bleiben sollen, dann wäre Ihnen diese peinliche Situation erspart geblieben. Hoffentlich erlöst Sie Ihr Chef recht bald."

Und ohne ihn weiter eines Blickes zu würdigen, blätterte sie in einem Journal.

Endlich!

Mit einem Ruck hielt ein geschlossenes Auto am Eingang. Mata sah auf.

Ledoux sprang heraus.

„Wie hastig! So unvornehm," sagte sie. „Gewöhnen Sie sich das nicht an, Herr Leutnant. Es sieht schlecht aus. — Ah, Herr Hauptmann Ledoux! Melde mich zur Stelle."

Der stand ihr ebenfalls einen Moment wortlos gegenüber. Dann aber fragte er ironisch:

„Zurück aus Brüssel, Madame?"

„Aus Madrid, Herr Hauptmann," verbesserte sie und setzte dann beiläufig hinzu: „Jetzt können wir wohl Wiedersehen feiern?"

„Das wollen wir, Frau Mata Hari. Aber nicht hier."

Er hielt ihr den Arm hin.

„Darf ich bitten, Madame."

Sie legte den ihren hinein.

„So, Herr Leutnant," sagte Mata zu Arnauld, „benimmt sich ein Kavalier." Und schritt mit Ledoux hinaus.

Der half ihr in den Wagen.

„Nach Saint Lazare," sagte er zum Chauffeur und setzte sich zu ihr in den Fond.

Beide sprachen kein Wort.

17.

Es war am 24. Juni 1917.

Mata Hari betrat neben vier Soldaten mit aufgepflanztem Bajonett den Großen Schwurgerichtssaal im Palais de Justice, in welchem die Richtenden sie erwarteten.

Sie sah, wie immer, besonders aus.

Ihr dunkelblaues Kleid umhüllte bauschig ihren schlanken Körper. Aus dem tiefen spitzen Ausschnitt leuchtete das warme Braun ihrer Haut. Der Dreispitz à la Fridericus saß kokett auf dem nachtschwarzen Scheitel. Die großen Augen blickten furchtlos auf die zwölf Offiziere, die über Leben und Tod dieser seltenen Frau entscheiden sollten.

Clunet, der berühmte Anwalt, der ihre Rechte wahrte, begrüßte sie mit Handkuß. Sie strich ihm leicht über das weiße Haar und flüsterte ihm ein paar Worte zu. Dann setzte sie sich auf die Anklagebank.

Zur Linken der Zwölf bemerkte Mata Hari einen Oberst, der mit besonders feindseligem Blick zu ihr herübersah.

Das war der Vertreter der Anklage: Oberst Mornay.

Zur Rechten der Zwölf saß ebenfalls ein höherer Offizier, der aber nicht direkt beteiligt zu sein schien, denn er saß abgesondert für sich.

Das war der Stadtkommandant von Paris: Massard, der als einziger Zuhörer zugelassen war und der sich später berufen fühlte, die Nachwelt über den Prozeß zu unterrichten.

Den Vorsitz des Kriegsgerichtes führte Oberst Semprou, der ehemalige Chef der republikanischen Garde.

Kurz und ernst, wie es sich an solcher Stelle und in solchem Falle schickte, ließ Oberst Semprou die Anklage gegen Gertrud Margueritta geschiedene Mac Leod geborene Zelle, genannt Mata Hari, verlesen.

Scharf und kalt klang jeder einzelne Satz aus dem Munde Mornays. Eine gute Viertelstunde las er und was er las, hätte auch einen Mann zerschmettern können.

Nicht so Mata Hari!

Nichts ist nichts und alles ist nichts, was diesseits des Ewigen ist. Was wir tun, müssen wir mit Bewußtsein tun. Also müssen wir sterben können, wie wir gelebt haben.

Sie würde es können, wenn es nötig war, aber kampflos wollte sie es nicht tun. Was man ihr vorwarf, vertrat sie vor Gott. Die da Menschen mordeten, taten Schlimmeres als sie. Wenn der Krieg ein Geschäft war, wie Churchill erklärt hatte, und wenn er von ihnen als Geschäft geführt wurde, dann hatte sie sich nichts vorzuwerfen. Im Gegenteil! Ihr Tun entsprang einem heiligen Wollen und dieses Wollen hieß: Friede!

Hochaufgerichtet, in steinerer Ruhe hört Mata Hari Punkt für Punkt der Anklage an. Keine Bewegung wird sichtbar an ihr, kein Verfärben des Gesichtes, kein Zittern der Hände. Nichts verrät ihr Empfinden.

Ihre Ruhe wirkt verwirrend, und jeder im Saale ist sich bewußt, daß er über einer Frau zu Gericht sitzt, die der Situation gewachsen, mutig und unerschrocken ist.

„Und so scheint die Angeklagte der Spionage dringend und hinreichend verdächtig," schließt Oberst Mornay seine Ausführungen.

Atemloses Schweigen. Nur auf dem Tische Massards knistert leise ein unbeschriebenes Blatt Papier.

* * *

Die bei allen Gerichtsverfahren gleichen Eröffnungsformalitäten waren zu Ende. Oberst Semprou schritt zur Befragung der Angeklagten.

„Wo befanden Sie sich am Tage der Kriegserklärung?"

„In Berlin."

„Zu welchem Zwecke?"

„Ich absolvierte ein Engagement."

„Sie sollen an jenem Tage mit dem dortigen Polizeipräsidenten gefrühstückt haben und dann mit ihm in seinem Wagen nach Hause gefahren sein? Die tobende Menge soll auch Sie begeistert haben?"

„Von einer tobenden Menge sah ich nichts. Wohl aber berührte die stille und kraftvolle Größe, mit der die Deutschen die sich überstürzenden Ereignisse hinnahmen, erhebend."

„Wo und unter welchen Umständen lernten Sie den Polizeipräsidenten kennen?"

„In Ausübung seines Amtes."

„Ich möchte Sie bitten, sich deutlicher zu erklären."

„Ich tanzte im Varieté Wintergarten. Die Presse kritisierte meine Kostüme und schrieb, ich trete fast nackt auf. Die deutsche Polizei hat das Recht und die Pflicht, anstößige Kostüme zu beanstanden. Der Präsident ließ sich infolgedessen meine Garderobe zeigen. So kamen wir in Beziehungen zueinander."

„Richtig! So ist es uns bekannt. — Wenige Tage später brachte Sie der Präsident mit dem Chef der Spionage zusammen."

„Nein! Den kannte ich schon seit längerem, aber nicht in dieser Eigenschaft, sondern als Offizier."

„So? — Und dieser Herr betraute Sie später mit seinen Aufträgen. Er ließ Ihnen dafür 30 000 Mark übermitteln."

„Dafür?!" — Schroff erwidert das Mata. „Sie irren! Ich erhielt den Betrag nicht als Lohn für Dienste der von Ihnen angedeuteten Art, sondern als Geschenk. Der Herr war mein Freund."

„Auch das ist uns bekannt. Sie werden uns aber gestatten müssen, daß wir Zweifel in die Richtigkeit Ihrer Angaben setzen. Es ist nicht glaubwürdig und einleuchtend genug, daß ein noch so vermögender Liebhaber derartige Geschenke für empfangene Gunstbezeugungen macht."

Ironisch lächelnd antwortet sie: „Dann allerdings wären Herr Oberst keine Akquisition für eine Dame. Mir gab niemand weniger."

„Um so besser für Sie! — Wann kamen Sie nach Paris?"

„Gegen Ende des Jahres."

„Auf welchem Wege?"

„Ueber Belgien, Holland und England."

„Und was veranlaßte Sie zur Rückkehr?"

„Da ich in Neuilly ansässig bin, dürfte sich die Antwort von selbst ergeben."

„Wie lange blieben Sie in Neuilly?"

„Bestimmt weiß ich das nicht mehr."

„Und was veranlaßte Sie von Neuilly fortzugehen?"

„Ich wurde nach Vittel gerufen."

„Und wer rief Sie dahin?"

„Herr Rittmeister Marow."

„Auch ein Geliebter?" fragte Semprou.

Einen Augenblick stutzte Mata. Dann hatte sie sich in der Gewalt.

Mit dieser Frage konnte sie Semprou nicht beleidigen.

Liebenswürdig lächelnd und voll warmem Wohllauts in der Stimme sagte sie schlicht: „Mehr als ein Geliebter."

Und Semprou fragte weiter: „Rittmeister Marow ist Russe. Weshalb ließ er sich nach Frankreich kommandieren?"

„Ich bin geneigt zu glauben, daß er es meinetwegen tat."

„Sie pflegten ihn im Feldlazarett und hielten sich sieben Monate in der Kampfzone auf."

„Das Feldlazarett lag leider in der Kampfzone. Ich liebte den Rittmeister und wäre noch sieben mal sieben Monate geblieben, wenn ich ihm das Augenlicht hätte wiedergeben können."

„Während dieser ganzen Zeit standen Sie nur mit Offizieren in Verbindung."

„Ja! Mich haben immer nur Männer interessiert, die zur Armee gehörten. Auch mein Mann war Hauptmann. — Wenn ich mich verliebte" — sie verneigte sich lächelnd — „es ist oft vorgekommen, meine Herren — dann aber immer nur in tapfere und vornehme Männer des Heeres ohne Ansehen ihrer Nationalität. Dessen wollen Sie versichert sein."

„Das ist uns bekannt," sagte ritterliche Semprou und verneigte sich ebenfalls. „Man ... Sie während Ihres hiesigen Aufenthaltes ausschließlich nur in Gesellschaft von Militärs Das eben ist aufgefalle Und weiter fiel auf, daß es hauptsächlich Flieger waren die Sie auszeichneten."

„Wen sie von allen Soldaten den meisten Gefahren ausgesetzt sind, also notwendigerweise zu den mutigsten gehören müssen."

„Hm," warf Oberst Mornay ein, „nicht weil sie mehr sehen als andere?"

Blitzenden Auges und schneidend rief Mata dem Vorsitzenden zu: „Schützen Sie mich vor diesem Menschen."

Clunet winkte ihr erschreckt Schweigen, und Semprou antwortete begütigend: „Herr Oberst Mornay hat das Recht zu fragen. Ich kann es ihm nicht wehren."

„Das war keine Frage," rief Mata in gleicher Erregung, „es war eine Verdächtigung, zum mindestens eine ungezogene und taktlose Bemerkung."

„So fassen Sie es auf," antwortete Mornay, „wir sind von weniger großer Empfindlichkeit. — Aber wie dem auch sei, die Tatsache besteht, daß die Flieger Ihre besonderen Freunde waren und Sie über die wichtigsten Dinge auf das Genaueste unterrichteten. Auf welche Weise es Ihnen gelang, diesen an sich doch pflichttreuen Offizieren ihre Geheimnisse zu entlocken, könnten uns wohl nur die Wände Ihres Boudoiers verraten, denn Sie werden sich hüten, uns aufzuklären."

„Das ist unerhört!"

„Doch nicht so sehr," entgegnete Semprou. „Es ist erwiesen, daß Sie unsere Beobachtungsposten und Fliegerstationen, die zur Ueberwachung der Front beim Vorrücken errichtet waren, dem Feinde bis ins Einzelne bezeichneten. Sie haben Tausende unserer Soldaten auf diese Wiese in den Tod geschickt."

„Das ist nicht wahr! Beweisen Sie es!"

„Sie haben nicht von Vittel aus nach Holland geschrieben?"

„Das leugne ich nicht. Ich habe aber nicht das geschrieben, was Sie behaupten. — Daß mein Freund zufällig Chef der deutschen Spionage in Holland war, dafür kann ich nicht verantwortlich gemacht werden. In unseren Briefen stand nie etwas vom Kriege noch über den Krieg."

Das sagte Mata Hari ruhig, bestimmt und ohne jede Erregung und Oberst Semprou, der in diesem Falle nur vermutete, also keine schlüssigen Beweise besaß, erwiderte:

„Das klingt unwahrscheinlich. Jedenfalls dürften in diesen uns so schwer bedrückenden Zeiten kaum Briefe geschrieben werden und worden sein, die vom Kriege nichts enthielten. Die ihrigen werden keine Ausnahme gemacht haben. Ich will glauben, daß Sie die Bedeutung Ihrer Mitteilungen unterschätzten. Daß Sie aber unseren Feinden sehr wertvolle Mitteilungen machten, beweisen die Summen, die Sie erhalten haben."

„Ich habe nicht nur nach Holland geschrieben und von dort Geld erhalten, ich habe auch anderswohin geschrieben und Geschenke bekommen."

„Das wissen wir. Wir werden später einige Briefe verlesen. Immer aber haben Sie an Offiziere geschrieben."

„Weil nur Offiziere meine Freunde waren."

„Bankiers und Großkaufleute sind doch zahlungsfähigere Liebhaber als Offiziere . . ."

„Möglich! Aber die Reichsten sind nicht immer die Freigebigsten. Und dann sind eben Bankiers keine Offiziere."

„Sie behaupten somit lediglich — sagen wir: Als Kokotte — bezahlt worden zu sein. Spionage aber nie getrieben zu haben?"

Marow retten, Marow nicht in Verlegenheit bringen, ihm einen ruhigen Lebensabend sichern, das nur wollte Mata.

Um eine Klippe war sie herum, die sein Lebensschifflein hätte zerschmettern können — es war Eingangs des Verhöres gewesen — sein Name durfte nicht wieder fallen, niemand wissen, daß sie alles — durch ihn veranlaßt — getan und das Geld für ihn erbeten hatte.

Was lag ihr daran, wenn man sie eine Dirne nannte!

Auf Semprous Frage antwortete sie:

„Das behaupte ich nicht nur, das ist so!"

„Und Sie beabsichtigen auch nie Spionage zu treiben?"

„Wie — meinen — Sie — das?"

„Nun," entgegnete Semprou mit eisiger Ruhe, „haben Sie nicht hier in Paris, zu einer Zeit, als Sie sich beobachtet fühlten, den Chef der französischen Spionage, Herrn Hauptmann Ledoux Ihre Dienste angeboten?"

Im Innersten erschrocken schwieg Mata Hari. In ihr kroch es kalt empor. Jene Stunde der Verzweiflung war wieder gegenwärtig.

„Nun," drängte Semprou, „haben Sie das?"

„Ja! Ich habe es."

„Warum? — Aus Liebe zu Frankreich?"

„Nein! Ich liebe Frankreich nicht mehr als Deutschland oder irgendein anderes Land. Ich liebe keine Staaten. Ich liebe Menschen. Ich bot Ihnen meine Dienste an, weil ich ohne Geld war."

„Trotz der Briefe? Sonderbar! — Und wie gedachten Sie uns zu dienen?"

„Durch Ausnutzung meiner Beziehungen zugunsten Frankreichs, wie ich das in der Marokkoangelegenheit tat."

„Marokkoangelegenheit? — Davon weiß ich nichts."

„Bestimmt aber weiß der frühere Leiter der zweiten Abteilung im Generalstab davon, dem ich bei meiner Rückkehr aus England die Stellen der marokkanischen Küste namhaft machte, an denen die deutschen U-Boote Waffen ausluden."

„Das war sehr liebenswürdig. Geschadet hat es den Deutschen aber nicht," antwortete Semprou und Mornay fuhr auf:

„Beweist nur das eine, daß Sie mit den Deutschen in Verbindung standen. Anderswoher konnten Sie Ihre Weisheit nicht haben."

Mit schneidender Stimme warf ihm Mata die Worte hin: „Schuft" und noch einmal „Schuft".

„Mäßigen Sie sich," versuchte Semprou zu beruhigen, aber sie ließ sich nicht beirren. Auch Clunet vermochte nichts.

Noch lauter fuhr sie fort:

„Es kann Ihnen gleich sein, woher ich die Weisheit habe. Sie könnte ja auch aus England stammen. Daß sie Ihnen nützte, denk' ich, ist wichtig. Daß ich sie gab, bedaure ich! Ich bin keine Französin und fühle mich Frankreich in nichts verpflichtet. Ich bin ein gehetztes Weib, daß solcher Art Offiziere" — sie zeigte auf Mornay — „verderben möchten. Er ist ein Schuft und wieder ein Schuft!"

„Wer die Wahl hat, hat die Qual!"

Zur Reichstagswahl am 6. November sind vom Reichswahlleiter 21 (einundzwanzig) Reichswahlvorschläge zugelassen worden